

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetrag. in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Geschieht täglich außer Sonntage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 3. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Neujahrsgratulant.

Der erste Januar ist der Tag der Toaste. Am keinem Tage des Jahres werden mehr Fest- und Trinkprüche ausgedrückt als an diesem Tage. Daß die Qualitäten dieser Toaste mit ihrer Quantität gleichen Schritt halten, kann man nicht gut verlangen. Wer wollte auch bei der dampfenden Silvesterbowle an den Tischen der Redner unbillige Ansprüche stellen. Und wenn man von dem durch die Geister des Funsches inspirierten Festredner nichts Unmögliches verlangt, so wäre es tollends unbillig, von den Herren Diplomaten zu verlangen, daß sie, übermäßig und abgespant, in ihren traditionellen Neujahrsansprachen noch besondere politische Offenbarungen spenden sollten. Außerdem ist es ja das Berufsrecht der Diplomaten, mit vielen und löblichen Worten möglichst wenig zu sagen, eine Kunst, die, trotzdem ihr Köralter nachsagen, daß sie weder besondere Begabung noch Übung erfordere, eigenlütlichweise ihren Raum noch sehr gut ernährt.

Dem diplomatischen Ideal des nichtsagenden Wortemachens kamen die Neujahrsreden am nächsten, die der päpstliche Nuntius Lorenzelli als Dopen des diplomatischen Corps in Paris und der von ihm apostrophierte Präsident Loubet taufchten.

Lorenzelli feierte die versöhnliche auswärtige Politik Frankreichs in begeisterten Dithyramben, denen Herr Loubet in seiner Antwort galant eine „seltene Erbarmlichkeit“ nachräumte — vom Kongregationsgesetz sprach der päpstliche Befandte begrifflichweise nicht. Lorenzelli erklärte, daß Frankreich, obwohl es einmal zum Schutze seiner Interessen eine Kundgebung veranstalten zu müssen geglaubt habe, doch andrerseits dokumentiert habe, daß ihm die Aufrechterhaltung des Friedens mehr am Herzen liege, als die Offenbarung seiner Stärke. Loubet dankte dem Sprecher des diplomatischen Corps, daß Frankreichs Anstrengungen eine solche Bärdenigung erfahren hätten, und sprach die Hoffnung aus, daß das Jahr 1902 nur die „Fortentwicklung dieser Aera des internationalen Einbernehmens“ bringen möge.

Durch einen ähnlichen Stil zeichnete sich die Rede aus, die der französische Votschaster in Rom beim Empfang der französischen Kolonie hielt. Sie betonte, daß das vergangene Jahr die Freundschafts- und Handelsbeziehungen der beiden Mächte sich habe entwickeln sehen. Der Besuch der italienischen Flotte in Toulon und die Begegnung des Präsidenten der Republik mit dem Herzog von Genua hätten das Jahr würdig eingeweiht. Zwischen Frankreich und Italien bestehe keinerlei Mißtrauen mehr. Im Mittelmeer sei jeder Grund etwaiger Mißverständnisse zwischen beiden Nationen hinweggeräumt. Die in den letzten Jahren bewiesene Uebereinstimmung der Auffassungen gäbe die sichere Bürgschaft, daß die Zukunft der beiden großen lateinischen Nationen eine lange fruchtbare Periode brüderlicher Freundschaft und des Friedens bringen werde.

Die französische Presse nimmt diese Erklärung ihres Votschasters freudig auf, und ein Blatt glaubt sogar mit Gemüthsruhe konstatieren zu können, daß seit der Thronbesteigung Victor Emanuels III. nie mehr öffentlich von der Triplealliance gesprochen worden sei. Andere Blätter sind immerhin einsichtig genug, internationale Allianzen nicht als Herzensbündnisse, sondern nur als gelegentliche Verwicklungen zu betrachten. So wenig deshalb auch der Dreibund als rocher de bronze gelten kann, so wenig ist auf eine dauernde Sympathie der beiden großen lateinischen Mächte Verlaß. Sondern die Mittelmeerfragen trotz der Beteuerung des französischen Votschasters keineswegs für alle Zeiten aus der Welt geschafft sind.

Katholisch durfte am Neujahrstage dem mit französischem Golde geldtheten Zweibunde auch die Weiße eines Depeschewechsels nicht fehlen. Der Zar sandte Loubet die Glückwünsche für das „schöne, befreundete und verbündete Land“, und der Präsident der Republik sandte umgekehrt dem gelehrten Repräsentanten des absolutistischsten Anstaltsregiments eine gerühmte Dankdepesche. Damit nicht genug, diente auch der französische Kriegsminister Andrieux vor dem russischen Kriegsminister Kuropatkin in einem Glückwunschtelegramm, daß die glorreiche russische Armee feierte und den Wunsch äußerte, daß „eine nahe Zukunft“ der französischen Armee neue und ebenso kostbare Erinnerungen vorbehalten möge, wie das vergangene Jahr. Ob damit China oder die Japansänder in Frankreich gemeint sein sollten?

Während diese Kundgebungen einen internationalen Charakter trugen, beschränkte sich die Neujahrsrede des ungarischen Ministerpräsidenten v. Szell auf eine Erklärung auf österreich-ungarische Politik, in der die Frage des Zollvertrags mit Deutschland nur gestreift wurde. v. Szell erklärte, daß es sein ehrliches Bestreben sei, auf der Grundlage gemeinsamer Vorgesichts ein gerechtes und billiges Abkommen zu treffen. Die Frage sei von den nationalen Parteien auf das Kampferain des nationalen Haders hinausgespielt worden. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden. Die zwölfte Stunde habe geschlagen. Die definitive Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfe nicht länger verschleppt werden. Er lege seine Hoffnung auf den inneren Zusammenhalt und die unverbrüchliche Solidarität der liberalen Partei.

Auch eine englische Neujahrskundgebung liegt vor. Der Prinz von Wales hat sich zu der am 27. Januar stattfindenden Geburtstagsfeier des deutschen Kaisers eingeladen. Am 27. Januar werden demnach auch noch deutsch-englische Solidaritätskundgebungen zu erwarten sein. Unsere Alldeutschen werden alsdann Gelegenheit haben, ihrem Unmut über des perfiden Albion perfide Weltpolitik und seine Südafrikapolitik im besonderen

mit entsprechender Deutlichkeit Luft zu machen, selbst auf die Gefahr hin, auch einmal als vaterlandslose Gesellen zu gelten. Unsere Auffassung der politischen Dinge erlaubt uns freilich, dem Prinzenbesuch mit seinem Drum und Dran dieselbe reale Bedeutung beizumessen, wie den Neujahrskundgebungen und Verbrüderungsschwüren der anderen Nationen.

Das Ausland im Jahre 1901.

Astronomische Instrumente, chinesische Bibliotheken, Sammlungen von Manuskripten, kulturhistorische Museen — das ist das sichtbare Ergebnis der auswärtigen Politik der Großmächte, die in China unter dem Oberbefehl Waldersees ebenso oft gegeneinander als miteinander wirkten. Der Deutzeug ist beendet, niemand ist aber recht zufrieden mit seinen Ergebnissen. Große Hoffnungen sind enttäuscht worden, schwere Opfer gebracht, ohne daß man Rechenschaft abgeben kann ob sie sich lohnten. Es war gut, daß man auf Vorschlag die Lorbeeren nahm, daß man schon vor dem Auszug der Soldaten die Siegesreden hielt, denn nach der Heimkehr war man viel stiller. Wenn die Chinesen die Debatten in den europäischen Parlamenten über das Ergebnis des Chinafeldzuges in ihrer Sprache verbreiten, so würden die Opfer des europäischen Kulturfeldzuges Gemüthsruhe empfinden. Schon das Ergebnis der Schimemission des Prinzen Tschun, die Veröffentlichung der Briefe des französischen Kommandanten Boyron mahnten hohe Befriedigung im Lande der Mitte erwecken. Die Kaiserin-Witwe und der chinesische Hof sind wieder in Peking angelangt. Die Lehren des Krieges scheinen nicht verloren zu gehen. Europa dürfte China gelehrt haben, wie es sich künftig der Aufdringlichkeiten seiner „Freunde“ entziehen kann.

Nur ein Land kann mit einer gewissen Befriedigung auf das Ergebnis des Krieges zurückblicken: Rußland. Seine Macht ist gewaltig gestärkt, bis an das Gelbe Meer ist sein Besitz gesichert, die Randskurei fast vollständig in seiner Interessensphäre. Nicht lange wird es währen, und vom heiligen Moskau wird die Eisenbahn Waren und wenn nötig Kanonen und Soldaten bis vor die Thore der verbotenen Stadt, nach Peking weisen können. Das Reich des Zaren, das den größten Ländergewinn von dem China-Abenteuer erzielt, hat es dabei verstanden, sich weniger verhaßt zu machen als diejenigen Staaten, die nur Schaden aus China mitgebracht haben. Seinem Ziele, der Herrschaft über Asien, ist Rußland um ein gewaltigeres Stück näher gekommen, als jemals vorher. England konnte nur die Faust halten, aber die gebaute Faust nie zeigen, denn das kleine Voereuwerk hält Englands militärische Macht in Schach.

England ist heute seines Sieges über die beiden Republiken in Südafrika ebenso wenig sicher, als vor Jahresfrist. Seine besten Truppen sind aufgerieben, der Ruf seiner populärsten Generale ist zerstückt, seine Handlungsfreiheit ist vermindert. Mit großer Besorgnis sah England den Thronwechsel in Afghanistan, es wußte Rußland bereit zum Intervenieren, es war in London wohl bekannt, daß der russische Kriegsminister in der kritischen Zeit die russischen Garnisonen in Zentralasien inspizierte. Der friedliche Verlauf der Vorgänge in dem wilden Berglande haben England um eine große Niederlage gebracht. Aber das Ansehen Englands in Asien hat ungewisselhaft unter den Fortschritten Rußlands schwer gelitten.

Die Schwäche Englands erkannte man auch in Amerika. Alle von den Vereinigten Staaten für den Pan des Karoanals gewünschten Konzessionen räumte England ein, da es sich sagen mußte, daß die Amerikaner das freiwillig nicht Zugestandene trotzdem durchsetzen würden. So mußte England überall den Nachgiebigen spielen, so mußte es sich alles bieten lassen, weil seine ganze Kraft in Südafrika festgelegt ist. Obgleich die Vereinigten Staaten von Amerika die Philippinen noch immer nicht bezwungen haben, fühlen sie doch die Jnanspruchnahme ihrer militärischen Kräfte nicht als ein Hindernis, in die Welthandel einzugreifen. Mit aller Vorsicht dehnen sie ihren Interessenskreis auf das Gebiet der Central- und südamerikanischen Republiken aus, die revolutionäre Bewegung auf dem Isthmus von Panama hat ihr Rechtswort zum Stillstand gebracht. Ihrer Einwirkung ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der drohende Krieg zwischen der argentinischen Republik und Chile nicht zum Ausbruch kam. Sind die panamerikanischen Kongresse, deren einer wieder Ende 1901 in Mexiko zusammentrat, auch von keinem direkten praktischen Nutzen, so bereiten sie doch moralisch vor, was die nordamerikanische Union erstrebt: ihr Protektorat über den ganzen Erdteil von Vassindland bis zu den Inseln der Feuerländer.

Einer künftigen Entwicklung, die Rußland die Herrschaft über Asien, der Union die über Amerika sichert, haben die Ereignisse des Jahres 1901 stark vorgearbeitet. Dabei wächst der Einfluß beider Staaten auch auf die europäischen Staaten. Die umgekehrte wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten äußert sich nicht nur in ihrer Ausfuhr von Getreide und Fleisch, sondern auch von Kohle, Eisen und Industrieprodukten, ja auch in der Macht der amerikanischen Börsen als Geldgeber europäischer Staaten. Selbst das Deutsche Reich hat nun die Börsen von New York zu ihren Gläubigern zu zählen, und des russischen Finanzministers Sehnsucht zielt auf einen Abschluß einer großen Anleihe in Amerika, da der Jarenbesuch in Frankreich die gehofften Folgen für die entleerten russischen Staatskassen nicht hatte.

Mit dem lebhaftesten Interesse sah man auf das Hinübergreifen der amerikanischen Trüsts auf europäische Unternehmungen, so der Ankauf von Cigaretten-Fabriken in Deutschland und Rußland durch den großen amerikanischen Cigarettentrust, der die ganze Industrie in den Vereinigten Staaten monopolisiert hat und wie Rockefeller zum Weltmonopol strebt. In den Kreisen unserer Schiffahrtsinteressenten erregte der Ankauf von

Aktien des nordamerikanischen Lloyd durch amerikanische Gesellschaften weitgehende Befürchtungen. Für eine Reihe von Produkten des Metallmarktes ist die Produktion und die Handelskonzentration in den Vereinigten Staaten von Amerika maßgebend geworden für die Befriedigung des europäischen Marktes. So sehen wir die gewaltig anschwellende wirtschaftliche Macht Nordamerikas die europäische Wirtschaft direkt und indirekt in ungehörter Weise beeinflussen. Dieser Ausdehnung der wirtschaftlichen Machtphäre geht parallel der steigende politische Einfluß des Miesenreichs zwischen dem Atlantischen und Stillen Ocean. In allen europäischen Kabinetten fragt man sich bei jedem Welthandel, was werden die Panteres dazu sagen. Als am Schluß des Jahres das Deutsche Reich mit der südamerikanischen Republik Venezuela wegen der Verweigerung einer Entschädigung an deutsche Staatsbürger in einen Konflikt kam, da versicherte man sich in Deutschland zuerst der guten Stimmung der nordamerikanischen Staatsmänner, bevor man daran ging, mit seinen Kriegsschiffen den diplomatischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Deutschland folgt in Venezuela nur dem Beispiel Frankreichs, das durch seine Flottendemonstration vor Mytilene den türkischen Sultan zu all den Zugeständnissen gezwungen hatte, die auf diplomatischem Wege nicht zu erzielen waren. Erheblich gebessert haben sich die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich. Ein Abkommen über die Rechtsverhältnisse im mittelländischen Meere ist erzielt worden. Frankreich braucht Italien nicht mehr in Tunis zu fürchten, und Italien weiß sich nun sicher, daß es bei einer Besetzung von Tripolis durch die Franzosen nicht gebremst werden wird. So kann die Türkei gewärtigen, daß sie nach dem Verlust Egyptens und Tunis nur auch ihr letztes Anrecht auf afrikanischen Boden bald verliert wird. Aber nicht bloß mit Rücksicht auf die Gleichgewichts-Verhältnisse im Mittelmeere und auf das langsame Absterben des türkischen Staates ist das französisch-italienische Uebereinkommen von der allergrößten Bedeutung. Es deutet auch an, daß die Verhältnisse im Zweibunde wie im Dreibunde sich ändern. Nicht zum mindesten führte dazu der neueste Umschwung in der Zollpolitik der deutschen Reichsregierung. In Oestreich-Ungarn wie in Italien rechnet man mit der Gefahr eines Zollkrieges mit dem Deutschen Reich, man rechnet damit, ohne sich zu verhehlen, daß die politischen Beziehungen unter den Dreibundstaaten im Falle eines Zollkrieges schwer leiden müssen. Italien nähert sich Frankreich, Oestreich-Rußland in handelspolitischer Beziehung. Spanien droht Frankreich mit einem Zollkrieg, der kaum stark gestrichelt wird, weil die verbesserten italienischen Handelsbeziehungen einen Ersatz für die etwa zu erwartenden Verluste in Spanien bieten würden.

Heben wir nun die für die einzelnen Staaten charakteristischen Erscheinungen hervor, indem wir von England, über dessen Geschichte im letzten Jahre wir schon berichtet haben, und von Frankreich, über das wir noch ausführlicher zu berichten beabsichtigen, absehen:

Wurden auch keine Buldenkel im österreichischen Parlament geschlossen, hat auch die lärmende Obstruktion einer ruhigeren Platz gemacht, hat man auch gesehen, daß die Kinderrompeten und der Revolver als parlamentarische Kampfmittel entbehrt werden können, so ist doch die Lage des alten Parlamentarismus in Oestreich hoffnungslos, als selbst vor den letzten Wahlen. Die Versuche der österreichischen Regierung, durch wirtschaftliche Zugeständnisse großen Stiles die Nationalitäten und die bürgerlichen Parteien zu besänftigen, haben zwar dazu geführt, daß große Kanalbauten und Eisenbahnen vom Parlamente bewilligt wurden, daß aber die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates sofort wieder zu nichte war, als die regelmäßigen Arbeiten in Angriff genommen werden sollten. Die Landtags-Wahlen in Wähnen brachten eine Verschärfung der Gegensätze. Aukhonen, Slovenen, Italiener und Merikale forderten für sich Unversittäten, die Gegeben, nicht befriedigt von dem ihnen zugestandenen Polyhedritum in Wähnen, forderten auch eine zweite Unversittät für ihre Sprachgenossen in Wähnen. Der Rücktritt Wolfs, des geistigen Führers der Alldeutschen, hatte nicht die erwarteten beruhigenden Folgen, da er bald ins parlamentarische Leben zurückkehrte. Ein Verlust für Oestreich war der Tod eines der wenigen staatsmännisch veranlagten Gegeben, des früheren Finanzministers Rajkl. Der Ministerpräsident, dem von einflussreichen Hoffkreisen wegen seines Widerstandes gegen einzelne Merikale Wünsche, vor allem hinsichtlich der Los-von-Rom-Bewegung große Schwereigkeiten bereitet wurden, drohte mehrfach im Parlamente mit einem Staatsstreich, mit der Vernichtung der Verfassung. Aber selbst dies hat den Selbsterhaltungstrieb der bürgerlichen Parteien nicht gestört, nicht die Aussicht auf einen ruhigen Gang der parlamentarischen Thätigkeit für das kommende Jahr eröffnet. Dunkel bleibt die Zukunft Oestreichs. Nur die Socialdemokratie kann einigermassen mit Befriedigung auf die Vorgänge in Oestreich zurücksehen. Ein glänzender verlausener Parteitag zeigt die geistige und politische Stärke der Partei, änderte das Parteiprogramm zu allgemeiner Befriedigung und schuf feste Richtlinien für die zollpolitische Aktion unserer parlamentarischen Vertreter. Der Reunionsentwurf für die Vergarbeiter wurde glücklich festgesetzt.

Im ungarischen Parlamente haben die Neuwahlen zu einer starken Verminderung der Regierungsmehrheit geführt. In bedenklicher Weise dürfte im nächsten Jahre die Entwicklung der österreichischen Verfassungszustände auf die Zustände der Stephanskronen zurückwirken. Auch hier fehlt es nicht an Drohungen mit der Obstruktion, die für Ungarn, dessen Parlamentarismus viel gefestigter ist als in Oestreich, von einschneidenden Wirkungen sein dürfte.

In der Schweiz haben Klaffenurteile der Gerichte zu einer Demonstration der Arbeiterkraft des ganzen Landes in der Bundeshauptstadt geführt. Die socialdemokratische Partei ist in dem Grütliverein aufgegangen, man erwartet hier von eine bedeutende Kräftigung der Arbeiterbewegung. In Basel wurde das internationale Arbeitsamt eröffnet, das sich der Unterstützung einiger Regierungen, darunter

auch der schweizerischen, erfreut, aber vorerst eine private Schöpfung bleiben wird. Eine bedeutende Ausdehnung des Geltungsbereiches des schweizerischen Haftpflichtgesetzes ist noch zu verzeichnen.

Trotz der scharfen Opposition der belgischen Sozialdemokraten wurde das Militärgesetz angenommen, das die ganzen Kosten des militärischen Dienstes den Westflamen zuweist. Vom Jahre 1902 erwartet man in Belgien wie in Schweden die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Der hervorragendste Sozialpolitiker der liberalen Partei, der frühere Minister Ryssens, endete durch Selbstmord.

Die Neuwahlen des holländischen Parlaments brachten zwar eine reaktionäre Mehrheit, aber auch ein sprunghaftes Hinausschnellen der sozialdemokratischen Stimmen, und eine Vermehrung der sozialistischen Mandate; die großen Versprechungen des nunmehrigen Ministerpräsidenten Kuyper, mit aller Macht für die Voren zu intervenieren, haben sich als wirkungslos, wenn auch gewissenlose Wohlthaten dargestellt. In Haag hat sich das internationale Schiedsgericht konstituiert, die Zahl der Optimisten, die von demselben eine Verminderung der Kriegsgefahr gewärtigen, sind nun leicht zu zählen.

In Dänemark brachten die Wahlen eine gewaltige Niederlage des Ministeriums, das durch eine Vertretung der Radikalen ersetzt werden mußte. Groß waren die Wahlerfolge der Sozialdemokraten sowohl bei der Erneuerung des Parlamentes als bei zahlreichen Gemeindewahlen. Die knapp vor den Wahlen zu stande gelommene Verbesserung des Arbeiterschutzgesetzes hat den Niedergang der konservativen Partei nicht aufzuhalten vermocht. Der Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über den Verkauf der dänischen Antillen ist zu stande gekommen. In Dänemark fordert man vor dessen Ratifizierung eine Volksabstimmung der bisherigen dänischen Unterthanen in Westindien.

In Schweden wurde unter dem Eindruck der großen Wahlrechtsbewegung das Ministerium im Sinne der Wahlreform umgestaltet.

In Norwegen wurde das kommunale Frauenstimmrecht eingeführt. Kristiania und andre Orte wählten sozialistische und bürgerliche Frauen in die Gemeinderäte. Die Wahlen bewiesen starke Fortschritte unserer Parteigenossen und die nordische Stadt Europas, Hamarfest, brachte einen vollständigen Sieg der sozialistischen Liste, was einen Uebergang der Stadterwaltung in unsere Hände zur Folge haben muß. In den Staatsbahn-Beschlüssen ist die Arbeitszeit von 59 auf 53 Stunden herabgesetzt worden und in Militär- und Marineverhältnissen wurde sie versuchsweise von 55 auf 48 Stunden reduziert.

Die gewaltsame Aufstufung Finnlands wird rücksichtslos fortgesetzt. Auf militärischem Gebiete ist Rußland schon fast vollständig am Ziele, die Dienstzeit der finnischen Soldaten wurde ausgedehnt und die finnische Mannschaft an russische Regimenter verteilt. Karpowitsch, der Attentäter auf den Unterrichtsminister Bogolepoff, wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Noch niemals seit dem Höhepunkt der Terroristenbewegung hat es in Rußland so viele und so bedeutende Arbeiterdemonstrationen gegeben, wie im verflochtenen Jahr. Aus allen Teilen des Reiches wird derartige gemeldet. Eine ganze Reihe Zeitungen und Zeitschriften werden in Wästen im Lande verstreut, obgleich sie auf Geheiß der Zensur beschlagnahmt werden. Ueber den größten Teil der Gouvernements, über die noch nicht der Belagerungszustand verhängt war, ist dies im Herbst geschehen. Neben den inneren Schwierigkeiten und der schweren Wirtschaftslage machten die auswärtigen Handelsbeziehungen schwere Sorge der russischen Regierung. Mit Amerika kam es zu einem Zollkrieg, Deutschland wurde mehrfach ein solcher angedroht, dagegen sind Verhandlungen mit Oesterreich über erleichterten Handelsverkehr angeknüpft, und mit Persien soll ein Zollvereinsvertrag abgeschlossen worden sein. Die ungünstige Finanzlage haben wir schon geschildert.

Die Türkei hat nicht nur an Frankreich, sondern auch an Oesterreich, Italien und Rußland mancherlei Zugeständnisse machen müssen.

Der Raub einer amerikanischen Missionarin droht noch zu Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten zu führen. Als Entgelt für die vorläufige Konzession zum Bau der Eisenbahnen in Anatolien, das einer deutsch-französischen Gesellschaft gewährt wurde, hat Rußland das alleinige Recht beansprucht, im Gebiete des schwarzen Meeres in Kleinasien Eisenbahnen zu bauen. Aus Armenien werden neue Grenzkontrollen gemeldet. Der Verfolgungswahn des Sultans, zu dem sich noch andre Krankheiten gesellen, hat wieder zahlreiche Opfer meist unschuldiger Personen, die als Jungfrauen bezeichnet werden, zur Folge gehabt.

Der Tod des Königs Milan hat die Lage der Dynastie in Serbien nicht gebessert. Die Hoffnungen auf Festigung derselben sind in der bekannten tragikomischen Weise für immer verfehlt. Die Korruption des früheren Ministeriums, das die geheimen Fonds für sich „verwaltet“, wurde aufgedeckt.

Die Versuche, die freireichliche Frage wieder ins Fluss zu bringen, sind an dem Widerstand der Großmächte gescheitert.

In Italien ist Crispi dem General Baratieri, der die Schuld für die von Crispi erzwungene Niederlage von Adua zu tragen hatte, bald ins Grab gefolgt. Die Absicht, Crispi durch einen Beschluß der Kammer zu einer Art Nationalheiligen zu erklären, führte zu den schärfsten Protesten. Das italienische Kabinett Saracco fiel infolge der von der Kammer nicht gebilligten Auflösung der Arbeitskammer in Genua. Ein Ministerium Zanardelli, das sich nur durch Unterstützung der Sozialdemokraten halten konnte, folgte ihm. Es versprach Sozialreformen, freies Koalitionsrecht, Verminderung des Polizeidruckes, Errichtung eines zentralen Arbeitsbureaus und obersten Arbeitsrats. Die Stimmung unserer Parteigenossen wurde auf eine schwere Probe gestellt, durch die Behandlung der Bauern und Landleutebewegung in Sizilien, die um bessere Löhne und billigere Mächten kämpfte, vor allem aber durch das blutige Eingreifen des Militärs bei dem Streik der Bodenmeliorationsarbeitern in Ferrara. Die verschiedenen Meinungen über die Stellung unserer Partei zum Ministerium Zanardelli, führten zu vielen Differenzen, zuletzt zum Austritte Turatis aus der Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion. Außerordentlich groß waren die moralischen Erfolge unserer Partei, indem unsere Presse die Aufdeckung der tiefen Schäden sozialer und moralischer Natur unter den herrschenden Klassen Sidalitatis, vor allem in Neapel und Palermo erzwingt. Die Versuche der entrüsteten Patrone der Korruption Ferri parlamentarisch umzuwälzen zu machen, dürften erfolglos bleiben.

Spanien hat ein unruhiges Jahr zu verzeichnen. Die Königin mußte sich entschließen, trotz ihrer klerikalen Gesinnung ein liberales Kabinett an Stelle des konservativen treten zu lassen. Die Neuwahlen brachten wie immer dem Ministerium eine Mehrheit; nur der größten Minderheitspartei der Behörden bei den Wahlen und dann bei der Bestätigung der Wahlergebnisse ist es zuzuschreiben, daß die Sozialisten nicht in die Kammer gerückt sind. Im ganzen Lande kam es zu antikerlichen Demonstrationen, am stärksten in Madrid anlässlich der Verheiratung der ältesten Schwester des Königs, der eventuellen Thronfolgerin, mit dem erzklerikalen Grafen Caserta. Die Bewegung gegen die Klöster wurde angefaßt durch die Entführung der Adèle Uboa. In Barcelona und in der ganzen Umgegend schlug die föderalistische Bewegung der Katalonier wiederum hohe Wellen. Die mehrfache Befestigung eines Sozialistenstandes bewahrheitete sich nicht. Mehrfach wurde der Belagerungszustand über Teile des Landes verhängt und wieder aufgehoben. Die Beziehungen mit dem Papste waren noch nie so gespannt, wie im verflochtenen Jahre, seitdem die bourbonische Monarchie wieder hergestellt wurde. Bemerkenswert ist auch die große Zahl von Streikbewegungen.

Aufs tiefste erschütterte die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika die Ermordung Mac Kinleys durch einen verworrenen Phantasten. Die herrschenden Gewalten suchten auch diese That eines Einzelnen auszumilchen zur Verminderung der politischen Rechte. Kurz vor seinem Tode übertrug der Präsident, an dessen Namen sich die Schutzallüren des letzten Jahrzehnts in den Vereinigten Staaten knüpfen, die Welt mit der Mitteilung, daß er Amerikas Industrie für hart genug halte, von dem scharfen Schutzschilde künftig abzusehen. In den neuen Präsidenten Roosevelt knüpfte man diesseits

und jenseits des Ozeans eine lange Reihe von Hoffnungen und Erwartungen, zu denen der bisherige Verlauf seiner Präsidentschaft keinen Anlaß gegeben hat. Einen Augenblick hoffte man, daß die Gefangenahme Aguinaldos das Ende des Kampfes auf den Philippinen zur Folge haben könnte. Leider haben sich diese Erwartungen nicht im mindesten bestätigt. Der Kampf geht in ungeminderter Schärfe und in rüchloser Grausamkeit weiter. Im Staate Washington ist für alle Staatsarbeiter, auch für diejenigen, die durch Vermittelung von privaten Unternehmern für den Staat arbeiten, der Achtstundentag eingeführt worden.

In China scheint der Tod Li-Hung-Tschang einen schweren Verlust für die Regierung zu bedeuten. Wie weit die Reformen des verflochtenen Jahres ernstgemeint und wirkungsvoll sind, muß erst die Zukunft lehren.

Juden litt auch im Jahre 1901 unter Hungernot und Pest. Im persischen Meerbusen sucht England wider den Willen der Türkei festen Fuß zu fassen und hat Rußlands Mißtrauen damit erregt.

In Australien hat sich die bundesstaatliche Verfassung rascher eingelebt, als man erwartete. Eine Reihe sozialer Gesetze mit dem Geltungsbereich für den ganzen Kontinent sind in Vorbereitung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

Centrum und Wuchertarif.

Der „Germania“ ist es bis heute nicht gelungen, auf die Herausforderungen der Münchner „Allg. Ztg.“, die wie in der letzten Nummer des alten Jahres citieren, eine Antwort zu finden. Das ist mindestens auffallend. Die „Allg. Ztg.“ erklärte zu wissen, daß im Centrum Uneinigkeit herrsche über die weitere Stellungnahme zum Tarif und daß es die Verantwortung für das drohende Scheitern desselben von vornherein von sich abzuwälzen suche. Man möchte meinen, es müsse dem Centrum daran gelegen sein, diesen Verdächtigungen eines offiziösen Blattes entgegen zu treten. Wenn es nicht geschieht, so scheint allerdings mindestens etwas Wahrheit in den Ausführungen der süddeutschen Zeitung zu stecken.

Sehr verkehrt aber erscheint uns vorläufig, die etwaigen Schwierigkeiten im Centrum als gefährdend für den Wuchertarif anzusehen. Vielmehr dürfte die Verlegenheit des Centrum aus den agrarischen Ansprüchen noch über die Regierungsvorlage hinaus vermehren Wuchers rühren. Die Centrum-Großbauern verlangen mit unverminderter Heftigkeit höhere Kornzölle, als der Tarifentwurf ihnen geben will. Minimalzölle auf Vieh und andre Wuchergaben. Willfahrt das Centrum ihrem Verlangen nicht, so drohen sie mit Abfall und Anschluß an den Bund der Landwirte. Bekanntlich hat auch die Regierung sich nicht auf die Minimalzölle des Entwurfs endgültig festgelegt, sondern behält sich eine „Verständigung“ mit der hochschützamerikanischen Mehrheit in den Kommissionsverhandlungen vor. Diese Verständigung ist es, die dem Centrum Fein bereitet. Denn ein Teil, und offenbar der größere des Centrum, erscheint bereit zu weiteren Konzessionen an die agrarische Regier. Aber ein anderer Teil, als dessen Führer der Abgeordnete Müller-Julda in Anspruch zu nehmen ist, lehnt offenbar ab, über die Regierungsvorlage hinaus zu gehen.

Es liegen heut mehrere Mittelungen vor, die als Symptome dieser Centrumsverlegenheiten Beachtung verdienen.

Der Centrum-Abgeordnete Frigen hat in Wesel erklärt:

„Das Centrum werde für Freilassung der Futterartikel, Bindung der Viehzölle nach unten und Einführung der Viehverwertungs-Zölle eintreten. Allerdings werde diese Verschärfung der landwirtschaftlichen Forderungen die bestehenden Schwierigkeiten noch vergrößern. Auch für einen angemessenen Schutz der Erzeugnisse des Gartenbaues sei die Fraktion, aber einem erfolgreichen Vorgehen stelle sich hier die Thatsache entgegen, daß ein Teil der Gärtner einen Zoll nicht wolle. Wie bei Getreide und Viehzucht, zeige sich auch hier wieder, wie einander widersprechend die einzelnen Interessen seien und wie schwer es deshalb sei, einen allgemein befriedigenden Ausgleich herbeizuführen.“

Der „Ausgleich“ über die mannigfaltigen Preiserhöhungsinteressen bereitet dem Centrum Sorgen. Aber spricht Herr Frigen wirklich für „das Centrum“? Ein kleines Stimmungsbild von der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins, die in Reuß bei Düsseldorf stattfand, zeigt, daß die Ueberwucherer im Centrum jedenfalls nicht die ganze Reichstagsfraktion hinter sich wissen. Unser Bericht von dieser Generalversammlung erzählt:

„Ein Herr Pilgram betonte, Abg. Müller-Julda könne nicht mehr als ein Centrum-Abgeordneter angesehen werden, Müller-Julda sei vielmehr ein freistündiger Richterscher Tendenz... Vorstehender Graf Spee wendete sich gleichfalls gegen Abg. Müller-Julda, der freilich noch ein Centrum-Abgeordneter sei, aber doch nicht genügend für die Bauern eintrete. Der Bauernverein betonte bei seinen Forderungen, ein Zoll von 7,50 M. sei das geringste, was gefordert werden müsse.“

Auch eine Centrumskorrespondenz, die in der „Nöln. Volksztg.“ abgedruckt wird, und die bittere Klage über die agitatorischen Forderungen des Bundes der Landwirte führt, gelangt zu dem Schluss, daß „der Landwirtschaft ein angemessener Zollschutz angeboten werden muß.“

In rücksichtsloser Brutalität tritt das Centrum die Arbeiter-schaft nieder. Verlegenheiten empfindet die allerchristlichste Partei nur über das Problem, ob und wie weit sie noch über den Wuchervorschlag der Regierung hinaus agrarische Ausbeutungspläne zur Verwirklichung führen soll.

Ueber alle schwebenden Fragen hat der Kaiser am Neujahrstage zu den kommandierenden Generalen gesprochen. So behauptet das Feis, sich unerschrocken und belegen informierende „Berl. Tageblatt“.

Wie lange Zeit der Kaiser gebraucht hat, um alle schwebenden Fragen zu berühren, also so eine Art militärische Staatsrede zu halten, enthält das Organ mit dem hervorragenden monarchischen Gefühl selbstamerweise nicht.

Einen Professorenstreik kündigt die „Raunamische Zeit“ an. Die Rechte der Straßburger Professoren würde ihr Amt niederlegen, wenn die bestehende Absicht ausgeführt würde, besondere katholische Professoren in der juristischen und philosophischen Fakultät zu ernennen.

Das wäre gewiß sehr unerwünscht. Aber wir glauben es nicht eher, als bis wir's erleben. Die Zeiten der Göttinger Sieben sind vorbei. Außerdem würde es Streikbrecher in Halle und Jälle geben.

Die katholische Presse geberdet sich sehr hochmütig: sie beansprucht die Katholisierung der Universitäten als ihr gutes Recht, und die „Germania“ glaubt sich befugt, im Namen unserer Hochschulverwaltung den Teilnehmern jenes Planes die „ernstesten Konsequenzen“ in Aussicht zu stellen.

Wir wissen nicht, welchen Anspruch der Klerikalismus auf die Universitäten erheben darf, da es eine katholische Wissenschaft nicht giebt, nicht geben kann und nicht geben darf, weil sie an die Ketten der Offenbarung geknüpft ist. Aber bei der Freiheit und der Untertänigkeit des bürgerlichen Liberalismus ist schon zu erwarten, daß demnächst Vertreter einer Sekte als Hüter und Lehrer der Wissenschaft erscheinen werden, denen das Studium ungefähr aller großen Schöpfungen des Menschen-

geistes bis zum heutigen Tage verboten ist. Nachdem man es ruhig mit angesehen, wie der Socialismus von den Universitäten ausgeperert wurde, nachdem die Professoren ihren Beruf darin erblickten, der Hohenzollern Leibgardisten zu sein, ist es schon ganz konsequent, wenn der Pfaff nun mit päpstlichem Segen die Ausübung der Denk- und Lehrfreiheit übernimmt! —

Minister Moller und der Zolltarif. Die „Post“ versucht gegenüber den Protesten der Handelskammern gegen die Lebensmittelsölle nachzuweisen, daß diese Korporationen auch in größerer Zahl sich für erhöhte Sölle ausgesprochen hätten. So hätten in Bezug auf die Lederindustrie von 13 Wünschen von Handelskammern, 7 für 6 Positionen einen stärkeren Zollschutz verlangt, als in dem Regierungsentwurfe vorgeesehen. —

Die China-Denklinge in Stahl hat auch der Minister v. Podbielski erhalten.

Offenbar für die prompte Beförderung der „Gummienbriefe“.

Zum Brotwucher der Fleischwucher. Unter der doppelten Wirkung der Grenzperre und des im neuen Fleischschau-Gesetz verfügte Einfuhrverbotes für Wachsenfleisch und Würste sind die Fleischpreise im Großhandel gegenwärtig höher gestiegen, als während des ganzen letzten Jahres. Während der Zeit von 1891 bis 1900 ist in Berlin die höchste Notierung für zweite Qualität von Schweinen pro Doppelcentner Lebendgewicht im Jahresdurchschnitt niemals über 111,3 M. gestiegen. Im November aber betrug der Mittelpreis für fleischige Schweine in Berlin 122 M. In Hamburg ist der Mittelpreis für gute, leichte Mittelware vom April bis zum November von 105,02 auf 124,12 M., in München, in derselben Zeit von 81,25 auf 132 M. gestiegen. In allen drei Plätzen erfolgte die Steigerung in den einzelnen Monaten stetig, in München vom Juli zum August plötzlich von 89 auf 129,6 M. Dabei stehen wir erst im Anfang der Wirkungen des Fleischschau-Gesetzes. Und dazu fordert man kolossale Erhöhung der Viehzölle, damit die Absperrung gegen preisverteseres Fleisch eine vollständige werde. —

Die Wiederbelebung des Antrags Rantk in etwas geänderter Gestalt beabsichtigt der freikonserervative Abg. Camp. Er beabsichtigt, wie er in einem Circular an die Mitglieder der Zolltarif-Kommission mitteilt, zu beantragen, daß von Staatswegen bestimmte Preise für die Hauptgetreide-Arten festgesetzt und der Zoll stief auf die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem von Staatswegen festgesetzten Getreidepreis bemessen werde. Hohenstich hat Herr Camp den Getreidepreis in jener „angemessenen Höhe“ vorgelesen, die unseren Junkern das nötige standesgemäße Leben hinreichend garantiert. —

Ein Soldatenerzieher. Wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung von Untergebenen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Dresden der Unteroffizier Tauber von der 6. Batterie des 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12 zu verantworten. Tauber hat sich in den Jahren 1898 bis 1900 in einer ganzen Reihe von Fällen gegen die ihm zur Ausbildung übergebenen Soldaten vergangen und wäre wohl straffrei geblieben, wenn nicht durch die Erkrankung eines Mißhandelten seine Brutalitäten ausgedeckt worden wären. Zur Anklage standen etwa zwanzig Fälle, wo er Untergebene geohrfeigt, an den Ohren gezogen, mit Nippenstößen traktiert hatte. Thatsächlich waren die Ausschreitungen des Unteroffiziers gegen die Mannschaften viel zahlreicher, nur ließ sich bei der Länge der inzwischen verflochtenen Zeit das Anklagematerial nicht genügend verdichten. Trotz der vielen Belastungszeugen leugnete der Angeklagte hartnäckig. In einem Fall mußte während der Verhandlung die Offenlichkeit wegen Fälschung der Sittlichkeit ausgeschlossen werden. Und das Urteil des Militärgerichts: — es wurde nur der Thatbestand der vorchriftswidrigen Behandlung für vorliegend erachtet und hierfür zwei Wochen Arrest für eine ausreichende Sühne gehalten.

Die venezolanische Pfändung.

Dem „Globe“ wird aus New York gemeldet: Falls Präsident Castro keine Sicherheit für die Befriedigung der deutschen Ansprüche bieten sollte, werden die deutschen Offiziere am 7. Januar die Zollämter von La Guayra und anderer venezolanischer Häfen besetzen und nicht früher räumen, als bis 400 000 Pfd. Sterl. bezahlt sind.

Ob es die deutsche Regierung nicht endlich an der Zeit hält, selbst einmal zu erklären, ob sie im Ernst den Gerichtsvollzieher für die Distriktsbank spielen will?

Uebrigens drängt sich unwillkürlich ein Vergleich auf zwischen der Haltung der deutschen Presse in Sachen der venezolanischen Pfändung und der französischen bei der Phylaxen-Affaire. In Frankreich genierte man sich, daß im Interesse einer mehr oder minder faulen Angelegenheit etlicher Finanziers wegen eine Flotten-demonstration veranstaltet werden sollte; in Deutschland sind wir bis jetzt in der bürgerlichen Presse einer derartig noblen Auffassung noch nicht begegnet! —

Ausland.

Die rote Robe.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ widmet Holzinger, dem österreichischen Brausewetter, den verdienten Nachruf. Holzinger sei kein bornierter Fanatiker, kein Grobquintor von Temperament gewesen, sondern ein kalter nüchternen Streber, der sich der herrschenden Macht aus ehrgeiziger Berechnung als Feind zur Verfügung gestellt habe. Die Justiz sei ihm ein Apparat gewesen, dessen Paragraphen er sich seinen Strebegelüsten dienstbar gemacht habe. Holzinger sei nicht ein, sondern das Werkzeug der Klassenjustiz geworden.

Als in den achtziger Jahren die österreichische Arbeiterbewegung unter thätiger Mitwirkung einzelner Polizisten auf Abwege gelenkt wurde, um dann erloschelt zu werden, war Holzinger ein notwendiges Glied dieser Maschinerie. Ohne den Richter Holzinger wäre der Polizist Frank unumgänglich gewesen. Die Fiktion der Geschworenengerichte für „anarchistische“ Delikte hatte nur den Sinn, die Möglichkeit eines Ausnahmegerichts zu schaffen, den dessen Vorsitzender, Holzinger, zusammenstellte nach seinem Ebenbilde. Nur die kalte Sturpulosigkeit Holzingers vermachte es, Duzende von armen Menschen der trockenen Quillotine zu überweisen, deren schlimmste Schuld die Missethat war, mit der sie den Kopfputz des Frank ins Garn gingen. Es hat Fälle gegeben, wo dieser Zusammenhang allemal klar war: Holzinger hat stets verhindert, daß er im Gerichtssaale festgesetzt werde, und ohne mit der Wimper zu zucken, mit vollem Bewußtsein, in genauer Kenntnis des Sachverhalts hat er die Urheber des Systems gedeckt und seine Opfer dem Zuchthaus überantwortet, wo sie an Tuberkulose und Elend zu Grunde gegangen sind. Man muß das erlebt haben, man muß diesen Richter und diese Angeklagten gesehen haben, um zu begreifen, daß Holzinger und Frank keineswegs die Vernichter des Terrorismus waren, sondern die fürchterlichsten Hindernisse für seine Bekämpfung.

Rom Ende der siebziger Jahre an hat er alle politischen Prozesse, insbesondere die Geheimbunds-Prozesse, geleitet. Vom Jahre 1884 an war er der Vorsitzende des Ausnahmegerichts. Zahllos sind die Opfer des „Holzinger-Senats“. Die Methode, die von ihm praktiziert wurde, war eine sehr einfache. Wer eine verdohnte Zeitung weitergab, wurde nicht nur wegen § 24 des Preßgesetzes, sondern auch wegen aller Verbrechen, die in dieser Zeitung angeblich begangen worden waren, verurteilt. Wer zum Beispiel eine Nummer der „Autonomie“ verbreitete, bekam vier Jahre schweren Kerker. (So im Mai 1887.) Ende März 1887 fand der große Hochverratsprozess statt, bei dem ein halbes Duzend Angeklagte wegen Hochverrats und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu 127 Jahren schweren Kerker, und natürlich alle zur Stellung unter Polizeiaufsicht, verurteilt wurden. Ein Angeklagter wurde zu 20, einer zu

16. drei zu 15, einer zu 12 Jahren schweren Arbeit verurteilt. Die anderen kamen zu 1 bis 8 Jahren davon. Einer von den Verurteilten, Genosse Buelacher, verließ vor drei Jahren die Kerkerzelle. Das letzte Mal funktionierte Holzinger als Ausnahmrichter im Jahre 1889 im Prozeß gegen die „Gleichheit“, wo er den Genossen Dr. Adler wegen „anarchistischer“ Delikte zu vier Monaten verurteilte.

Eine bürgerliche Zeitungs-Korrespondenz zeichnet das Charakterbild des richterlichen Schergen mit folgenden Strichen: „Holzinger schien ein Mann aus Eisen. Er war hart, ja grausam. Gemütsregungen kannte er nicht. Er war stolz darauf, den „Blutsenat“ zu leiten. Zum Vorsitz der Untersuchungsgerichte in der Zeit der Anarchistenfurcht und der scharfen Maßregeln gegen die Sozialisten drängte er sich förmlich, mit der Begründung, er sei kinderlos und es liege ja nichts daran, wenn ihn selbst die Propaganda der That ereile. Durchrichtungen leitete er wie ein geschickter, wirkungsbehafteter Regisseur. Binnen kurzem wäre er nach Vollendung des letzten Quinquenniums in voller Glorie des „eisernen Richters“ in Pension gegangen; niemand konnte bei ihm eine Schwäche, als etwa ein wenig für — schöne Frauen.“

Belgien.

Die internationale Konferenz fand ihren Abschluß in einem Fest, welches die belgischen Genossen zu Ehren der Delegierten in dem prächtig geschmückten Saal des Maison du Peuple veranstaltet hatten. Genosse Vandervelde eröffnete das von etwa 2000 Personen besuchte Fest mit einer sehr herzlichen Begrüßung der ausländischen Gäste und gab einen summarischen Überblick über die Verhandlungen der Konferenz, von deren Beschlüssen die Versammlung unter lebhaftem Beifall Kenntnis nahm. Hieran schlossen sich Ansprachen der Delegierten, die unter rauschendem, langanhaltendem Beifall den belgischen Genossen die Größe der Arbeiterpartei überbrachten und in kurzer Darlegung über die politische-wirtschaftliche Situation der Sozialdemokratie in ihren Ländern berichteten.

Es sprachen Singer für die deutsche Sozialdemokratie, Vallant und Gerault-Richard für die französischen Sozialisten, Quilch und Gynman für die englischen Genossen, Troelstra für die holländische Partei, Herron für die Genossen Amerikas und Plechanoff sowie Krietschewsky für die russische Arbeiterbewegung.

Nach einem Schlusssatz von Vandervelde erfreute ein vortrefflich gesullter Gesangschor von über hundert Kindern die Versammlung durch den Vortrag einiger Lieder.

Im weiteren Verlaufe des Abends wurden von den Genossinnen und Genossen des Maison du Peuple vorzüglich einstudierte, schwungvoll vorgetragene Chor- und Sologefänge ausgeführt. Erst spät endete das schöne, von herzlicher Sympathie getragene Fest, das von allen Teilnehmern als ein sichtbares Zeichen internationaler Brüderlichkeit und Solidarität empfunden und gefeiert wurde.

England.

Rosebery sucht Handlanger. Im Wortwort zu der autorisierten Ausgabe seiner Rede in Chesterfield, die am Dienstag veröffentlicht wurde, sagt Rosebery nach Erwähnung des ausgedehnten Beifalls, welcher der in der Rede entwickelten Politik zu teil wurde, um wirksam zu sein, müsse die politische Meinung organisiert werden und die politische Energie müsse thätig sein und Schanzarbeit verrichten. „Ich bedarf“, sagt Lord Rosebery, „solcher Sympathie zu Gunsten der dargelegten Politik, sonst geht die Woge der Zustimmung des Volkes verloren.“

Marinerüstungen. Die Schiffsbauer am Elbe haben von der Admiralität die Aufforderung erhalten, Kostenanschläge einzureichen für zwei Linienschiffe, fünf Panzerkreuzer erster Klasse und zwei geschützte Kreuzer dritter Klasse. Die Linienschiffe sollen die größte Artilleriewaffnung in der gesamten britischen Marine erhalten. Die Vergebung der Baukontrakte soll sofort erfolgen.

Italien.

Die Wahl des Genossen Turati erfolgte, wie bereits telegraphisch gemeldet, trotz des ungünstigen Zeitpunktes und der Wahlenthaltung der Republikaner mit der anschließenden Stimmenmehrheit von annähernd 3000 gegen kaum 200 Stimmen. Nichtsdestoweniger glaubt unser römischer Korrespondent mit Bestimmtheit versichern zu dürfen, daß Turati die Wahl nicht annehmen wird.

In dem Prozeß Tribulgio verurteilt, wie uns unser römischer Korrespondent meldet, das Gericht zu Verona den sozialistischen Abgeordneten Todeschini zu siebzehn Monaten Gefängnis und tausend frank Geldstrafe. Todeschini hatte den Lieutenant Tribulgio belästigt beschuldigt, an der mysteriösen Tötungsdassaire seiner Geliebten, deren zerstückelter Leichnam aufgefunden worden war, beteiligt gewesen zu sein.

Wie unlängst gemeldet, hatte der Staatsanwalt, der die Klage gegen unser Genossen vertrat, Selbstmord begangen. Sein Nachfolger hat die Angelegenheit nichtbedeutenderem einem schleunigen Ende zuzuführen verstanden. Hoffentlich bedeutet die Verurteilung Todeschini nur den vorläufigen Abschluß der Affaire, deren mysteriöses Dunkel die unermüdlichen Recherchen unres Veroneser Bruderorgans doch noch zu lösen versuchen werden.

Der Berliner „Volk-Zeitung“ wird zu dem Prozeß noch berichtet: „Unter ungeheurem Tumult der Volksmenge verurteilte heute nachmittags die Strafkammer in Verona in dem famosen Verleumdungsprozeß des Lieutenants Tribulgio gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten und Zeitungsgescheftsmann Mario Todeschini das Urteil. Der junge Staatsanwalt Graf Vini, welcher den durch Selbstmord abgegangenen Generalstaatsanwalt Masotti ersetzen mußte, nahm für den Angeklagten den guten Glauben, mildernde Umstände und die ehrenvolle Absicht, die Strafrechtspflege in ihrem Bestreben nach Aufhellung eines dunklen Verbrechens zu unterstützen, an und beantragte daraufhin eine angemessene Strafe wegen einfacher Verleumdung. Der Gerichtshof ging indes weit über Maß und Art des Strafantrages hinaus. Die Richter wurden ausgepöfcht und bedroht; mit Waffengewalt wurde der Justizpalast geräumt. Todeschini legte Verurteilung ein.“

Rußland.

Ein Epithelantant? Wie aus Kiev vom 2. Januar gemeldet wird, explodierte unter dem Ballon des Gouvernements-Gebäudes, in welchem zur Zeit Großfürst Konstantin Konstantinowitsch residiert, eine Bombe in dem Augenblicke, als die Salons des Großfürsten mit der vornehmsten Gesellschaft gefüllt waren. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fenster zertrümmert, jedoch niemand verletzt. Da man vermutet, daß ein Raueatt von Studenten vorliegt, wurden sofort zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und nachts 15 Studenten verhaftet. — Wegen die Annahme, daß es sich um einen ernstlichen Raueatt gehandelt haben könnte, spricht die minimale Sprengladung der harmlos verpufften Bombe.

Sibirien.

Englische Zettelungen am Golf von Oben. Aus Konstantinopel wird vom 1. Januar gemeldet: Wie verlautet, verlangt England eine sehr beträchtliche Ausdehnung des ihm von Seiten der Türkei für seine Kohlenstation in Oben überlassenen Territoriums. In türkischen offiziellen Kreisen ist man sehr beunruhigt darüber, daß englischerseits daran gearbeitet wird, die arabische Bevölkerung gegen die Oberherrschaft des Sultans aufzustacheln, mit dem Plane, in Westa ein Kalifat unter englischer Schutze zu errichten.

Die bevorstehende Rückkehr des Hofes nach Peking. Die „Times“ melden aus Shanghai vom 1. Januar: Der Hof ist gestern in Tschingtingfu eingetroffen und wird am Freitag die Reise nach Peking mit der Bahn fortsetzen.

Zum Empfang des Hofes sollen in Peking die großartigsten Vorbereitungen getroffen werden. Das Anwärteramt hat jedoch an die Ausländer die Aufforderung gerichtet, sich dem Einzug fernzuhalten und namentlich nicht als Zuschauer die Stadtmauern zu occupieren. Nach einer Shanghai Meldung sollen die Gesandtschaften dieser Aufforderung jedoch nicht entsprechen wollen und darauf bestehen, an dem Empfange teilzunehmen. Die Herren Gesandten scheinen sich danach noch immer als die eigentlichen Herren Peking zu fühlen. Die feste Haltung dieser Annahmen beschwört eine neue Erhebung Chinas geradezu heraus.

Rußland und die Mandchurerei. Nach einer Peking-Meldung aus Peking teilte der russische Gesandte Leszar den andern Gesandten mit, er erwarte, daß die mandchurische Frage binnen kurzem erledigt sein werde. Seine Haltung scheint anzudeuten, daß die Unterzeichnung oder die Ablehnung des Vertrages für Rußland eine gleichgültige Sache sei. Wie unter den chinesischen Beamten verlautet, soll Leszar erklärt haben, falls der Vertrag bis zum russischen Neujahr nicht unterzeichnet sei, werde Rußland die Verhandlungen abbrechen und die Besetzung der Mandchurerei aufrecht erhalten.

Wie auch die Vertragskomodie ausfallen mag, die Annexion der Mandchurerei von Rußland wird auf alle Fälle in der Realität aufrecht erhalten bleiben.

Amerika.

Der neue Präsident von Kuba. Einer Depesche aus Havana zufolge wurde der Nationalist Palma zum Präsidenten der kubanischen Republik erwählt.

Der Boeren-Krieg.

De Wet's Deuts.

Nach im Haag eingetroffenen Boerenmeldungen soll De Wet bei Zwiesfontein drei Kanonen, 67 Munitionswagen, 2000 Gewehre und 150 Waggons mit Lebensmitteln erbeutet haben. Getötet wurden angeblich 240 Engländer, gefangen 390.

Zwei englische Offiziere erschossen.

„Daily Mail“ meldet aus Warmbad zu der Ermordung zweier Offiziere des Aufklärungsdienstes, dieselben seien als Spione behandelt worden.

Boerenfall in Swaziland.

Der „Standard“ veröffentlicht zwei aus Pretoria vom 31. Dez. datierte Depeschen: Berichte aus Swaziland zufolge ist es den Boeren nicht gelungen, in die Residenz der Königin einzudringen. Es scheint, daß die Swazis eingeschlossen sind, Grenzverletzungen zu verhindern und daß eine beträchtliche Streitmacht die Bewegungen des Boerenkommandos bei Darlot überwachte. Einige Späher der Swazis, die mit den Boeren in ein Gefecht verwickelt wurden, sind gefallen.

Zweihundert Boeren machten einen Einfall in Swaziland und griffen Infanini Kraal, die Residenz der Swazi-Königin, an. Die Eingeborenen leisteten nur wenig Widerstand; es wurden viele von ihnen getötet.

Haben nun die Boeren Infanini Kraal genommen oder nicht? Oder sind beide Meldungen unwahr?

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Magdeburgischen Volksstimme“ ist der Genosse M. Hauschildt ausgeschieden. Eingetreten ist in diese Redaktion der Genosse M. Wald, bisher Redakteur des nunmehr mit der „Magdeburgischen Volksstimme“ vereinigten Halberstädter Parteiblattes.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Gotteslästerung sollte Genosse Quard in Frankfurt a. M. durch Abdruck eines Gedichtes verübt haben, in dem Unterthänigkeit gewisser Gruppen von Handlungsgehilfen gegenüber ihren Chefs und sonstigen Vorgesetzten verspottet wurde. Es hieß darin, daß der Bureauchef als Herrgott und seine Gattin als Jungfrau Maria angesehen würden. In dieser Stelle wurde die Gotteslästerung gefunden. Jetzt hat Quard die Mitteilung erhalten, daß das eingeleitete Verfahren eingestellt worden sei.

— Im Sonnenprozeß gegen die „Mainzer Volkszeitung“ war am Dienstag Termin zur Hauptverhandlung vor der dortigen Strafkammer. Der angeklagte Redakteur, Genosse Haas, ist jedoch Landtagsabgeordneter und erschien deshalb nicht im Termin, da er nach der Verfassung während der Tagung des Landtages immun ist. Das Gericht beschloß einen Vorführungsbeschl. zu dessen Ausföhrung jedoch vorher die Genehmigung der Kammer eingeholt werden muß.

— Aus Freiburg i. B. erhalten wir zur Ergänzung unserer früheren Meldung, daß die Beschlagnahme der Weihnachtszeitung „Arbeitslos“ unter besondern Umständen vor sich gegangen ist. In die Wohnung des Kolporteurs kam früh ein Polizeiwachmeister und fragte, ob nicht ein Paket aus Berlin angekommen sei. Er war noch etwas zu früh gekommen. Deshalb wartete er in der im selben Hause befindlichen Wirtschaft, bis der Postbote mit dem Paket kam. Das Paket war sowohl aufgeschnitten, daß man seinen Inhalt erkennen konnte. Der Postbeamte ging mit dem Paket in die Wohnung des Kolporteurs, verlangte dort die Öffnung des Pakets in seiner Gegenwart und beschlagnahmte dann die Zeitungen. — Die Form war gewahrt!

Aus Industrie und Handel.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller

steht in diesem Jahre mit geradezu peinlicher Pünktlichkeit seinen 400 Seiten umfassenden Jahresbericht über die Lage des Berliner Handels und der Berliner Industrie heraus. Ein umfassendes Material, in dem über die Lage der einzelnen Berufsgruppen wie über die gesamte wirtschaftliche Entwicklung manches beachtenswerte Urteil anzutreffen ist. Der Bericht bemüht sich, mehr referierend als wiederzugeben, was in dem für die kapitalistische Welt so wichtigen Zeitabschnitt, im verflochtenen Jahre, auf dem Gebiete des Handels und der Industrie sich abspielte, und vermeidet oft da, wo es nötig wäre, eine kritische Betrachtung. Der Verein glaubte anfänglich, er würde die Aufgabe, die er bisher erfüllt hatte, schon für das Jahr 1901 der neugeschaffenen Handelskammer überantworten können. Da sich die Errichtung der Handelskammer aber erheblich in die Länge zog, so blieb dem Verein nichts anderes übrig, als auch in diesem Jahre wiederum seinen Bericht unter Beachtung der bisherigen Aufgaben erscheinen zu lassen; wahrheitsgemäß die letzte derartige Kundgebung, die nun für das kommende Jahr die Handelskammer übernehmen dürfte, deren Zustandekommen der Verein lebhaft betreibt hat.

Die Uebersicht über Handel und Gewerbe im Jahre 1901 beleuchtet zunächst in einem den Ereignissen folgenden Aufbaue die ökonomische Entwicklung während des abgelaufenen Jahres nach Ursachen und Ansichten unter besonderer Berücksichtigung des für die Gestaltung des deutschen Außenhandels in Betracht zu ziehenden Zahlenmaterials. Hieran schließt sich eine eingehende Besprechung der wichtigsten Produktions- und Handelszweige Deutschlands mit ihren Verzweigungs- und Teilgebieten. In enger Verbindung hiermit folgt eine Würdigung der Verhältnisse auf dem heimischen Geldmarkte. Erhöhte Aufmerksamkeit ist der alsdann folgenden Untersuchung gewidmet, die den hauptsächlichsten Produktionsländern und ihrem handelspolitischen Verhältnis zu Deutschland gilt. Hier ist insbesondere die Entfaltung derjenigen Staaten ausführlich erörtert, die für den Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkte in vorderster Reihe stehen. Es kam dabei nicht übercrassen, daß der Bericht die Gestaltung unserer Handelsverträge für ein bedeutsames Moment einer wirtschaftlichen Besserstellung erachtet, eine Annahme, die in folgendem begründet wird:

„Eine entscheidende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte ausgeschlossen sein, so lange nicht die Sicherheit besteht, daß durch die Erneuerung der Handelsverträge

auf einer für den deutschen Gewerbesinn und Handel erträglichen Grundlage der Industrie ihre bisherige Stellung auf dem Weltmarkte erhalten bleibt. Die in dieser Richtung bestehenden Verbesserungen haben erheblich zu der allgemeinen angestiegenen Produktion beigetragen, die wesentlich durch die Behandlung verschleift wurde, die die in Bezug auf ihre allgemeine Bedeutung schon im vorigen Jahresbericht gewürdigte Zolltarif-Vorlage im Reichstage erfuhr. Keine größere Unternehmung, die auch nur zu einem nennenswerten Teil für den Absatz ihrer Produkte auf dem Weltmarkte angewiesen ist, wird sich zu größeren Neu-Investierungen von Kapital zc. entschließen können, so lange nicht in handelspolitischer Beziehung die unerlässlichen Sicherheiten geboten sind. Von welcher außerordentlichen Wichtigkeit der Absatz nach dem Auslande für Deutschland ist, hat sich gerade unter den schwierigen Verhältnissen des Berichtsjahres gezeigt. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes, dessen Stetigkeit diejenigen, die einer wirtschaftlichen Isolierungspolitik das Wort reden, als einzig erstrebenswerthes Ziel der deutschen Handelspolitik betrachten wissen wollen, war bereits im Jahre 1900 auf das schwerste erschüttert. Dagegen hat die Ausfuhr bis zum Beginn des Jahres 1901 noch eine weitere Zunahme erfahren und ist im weiteren Verlaufe des Berichtsjahres nur ganz unwesentlich zurückgegangen, ja, in den besonders bedrängten Zweigen der deutschen Produktion, z. B. in Eisen und Eisenwaren, hat sie sogar noch eine Zunahme erfahren und dadurch zur Entlastung des Inlandmarktes beigetragen. Wenn auch in Anbetracht der ungünstigen Konjunktur, unter deren Zeichen auch der Weltmarkt steht, die Ausfuhrerhaltung oder gar Steigerung des Exports vielfach nur zu ungenügenden Preisen möglich war, so war doch auch der Verlauf zu solchen Preisen nach dem Auslande immer noch das kleinere Uebel gegenüber der Unverkauflichkeit der betreffenden Produkte auf dem Inlandsmarkte. Soviel aber ist zum mindesten sicher, daß jede Beeinträchtigung dieses notwendigen Exports durch zollpolitische Erschwerungen unsere Volkswirtschaft in noch viel schwerere Krisen stürzen muß.

Die Ursachen, die zu der gegenwärtigen, wenig befriedigenden Lage geführt haben, bestehen nach unserer Auffassung zunächst noch in gleichem Umfange fort. Auch für die allernächste Zukunft dürfte nur geringe Hoffnung auf eine Kerubung berechtigt sein. Um so mehr haben alle beteiligten Faktoren die dringende Pflicht, sich in ihren Maßnahmen und Dispositionen den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen: der Staat und die Kommunen durch Erteilung größerer, die verschiedenen Produktionsgebiete umfassender Aufträge, für die die Notwendigkeit längst anerkannt ist, während gerade der jetzige niedrige Stand der Löhne und Materialpreise den Zeitpunkt für die Ausföhrung geeignet erscheinen läßt, Industrie und Handel durch weises Nachhalten in dem natürlichen, aber gegenwärtig in vielen Fällen nicht mehr gerechtfertigten Bestreben, den Rückgang der Preise und die Verminderung des Rezens durch künstlich heraufgeschraubten Umsatz auszugleichen. Der deutsche Kaufmann und der deutsche Industrielle, sie beide hätten ihre von Freund und Feind anerkannte Stellung auf dem Weltmarkte nicht zu eringen vermocht, wenn sie es nicht jederzeit verstanden hätten, mit Klarem und ungetrübtem Blick die jeweiligen Verhältnisse zu übersehen und ihnen in geschickter Weise Rechnung zu tragen. Es gilt, unsern Anspruch auf den in den letzten Jahrzehnten erzwungenen Platz an der Sonne zu erweitern, indem wir zeigen, daß wir nicht nur die Fähigkeiten, in guten Tagen vorwärts zu kommen, besitzen, sondern es auch verstehen, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges vorwärts zu gehen. Unter dem Schutze der unerbitterten Pflicht des Reiches, gestützt auf eine fleißige und intelligente Arbeiterkraft, wird und muß es durch zielbewußte Zusammenfassung aller Kräfte gelingen, auch die jetzige rückläufige Konjunktur siegreich zu überwinden und recht bald wieder beharrlich vorwärts zu dringen. Solches erstreben wir nicht nur im besonderen Interesse von Handel und Industrie, sondern auch, damit sich als Folgewirkung hiervon in hoffentlich recht nahe bevorstehender Zeit der Wohlstand des gesamten Landes steigere, Sitte und Kultur gefördert und das nationale Ansehen und die Stärke unsres Vaterlandes erhalten und vermehrt werden.“

Weniger Worte und mehr Klarheit wäre am Schlusse angebracht gewesen, denn mit dem Schutze und der unerbitterten Pflicht des Reiches hat es seinen Haken und mehr denn einmal hätte der deutsche Handel in den letzten zehn Jahren Anlaß gehabt, diese Kraftentwässerung als eine mehr vernünftige als aufbauende zu erkennen. Die Verurteilung des Kriegszuges nach China mag, wie an anderer Stelle des Berichtes gesagt ist, keinen Einfluß auf die Gestaltung des Handels gehabt haben, weil unser Handel mit diesem Lande bisher bedeutungslos war, aber ohne Schaden am wirtschaftlichen Wohlergehen werden einem Volke nicht 300 Millionen zur Aufwendung für gänzlich unproduktive Zwecke entzogen. Insofern hat der Krieg auch gegenwärtig wirtschaftlich nachteilige Folgen erzeugt, die weiteren stehen uns für die Zukunft bevor.

Von den Geheimnissen der Finanzwelt erzählt Plutun in

der letzten Nummer der „Zukunft“ folgende intime Geschichten: „Wenn angeschuldigte Aufsichtsräte bei uns nicht immer wie andre Angeklagte behandelt werden, so liegt die Schuld zum großen Teil wohl daran, daß unsre Richter und Staatsanwälte von launmännlichen Dingen leider noch zu wenig verstehen, um schnell hinter alle die Schliche kommen zu können, mit deren Hilfe man durch die allzu weiten Maschen des Aktiengesetzes zu schlüpfen vermag. So hat die Dresdener Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die Direktoren Horn und Röber von der Dresdener Kreditanstalt eingestellt, vermutlich, weil sie in den Handlungen dieser Herren nichts Strafbares fand. Nun wird mir aber mitgeteilt, zur Verschleierung der Bilanzen sei bei dieser Bank lange das folgende Manöver ausgeführt worden: die großen Schuldner der Bank, die während des ganzen Jahres als Debitoren in den Büchern gestanden hatten, beglichen am Jahresende ihre Schuld dadurch, daß sie ihre eignen Accepte der Bank in Zahlung gaben. Auf diese Weise verschwanden die Debitoren aus den Büchern und die Accepte wurden unter den Wechselbeständen ausgeführt. Vielleicht beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft doch noch einmal mit dieser Angelegenheit und forscht nach, ob eine solche Manipulation nicht als eine grobe Verschleierung der Bilanz zu betrachten ist.“

Gerade die Dresdener Kreditanstalt, deren Internia ich früher schon ausführlich geschildert habe, scheint unter ganz eigenartigen Aufsichtsrats-Verhältnissen zu leiden. Das lehren eben wieder gewisse Vorgänge in der Generalversammlung der betrachteten Kalkbader Rizzibrauerei. Verschiedene Gläubiger dieser Brauerei, von deren gutem Willen es im wesentlichen abhing, ob die Gesellschaft weiterbestehen könne, hatte man veranlaßt, für einen Teil ihres Guthabens 450 000 M. Rizzibräu-Obligationen zum Kurs von 84 zu übernehmen. Vermittelt dieser Transaktion war die Bank für Brau-Industrie, eine Gründung der Herren Gebrüder Arnold in Dresden. Die Bureau der Bank liegen in den Geschäftsräumen der Firma Arnold und deren Direktor, Herr Woz-Franz, ist der Direktor der Bank. Herr Franz sitzt aber auch im Aufsichtsrat der Dresdener Kreditanstalt; und so wußte er denn, daß diese Bank einen größeren Posten Rizzibräu-Obligationen unter ihren Fellen habe. Er ließ sich von der Dresdener Kreditanstalt deshalb über den Tag der Generalversammlung der Rizzibrauerei hinaus — wo eine Zahlung von 35 Prozent beschlossen, das Unternehmen dadurch saniert und der Wert der Obligationen natürlich erhöht werden sollte — 450 000 Obligationen zum Kurs von 84 zum Verkauf anstellen und wollte nun durch seinen Einfluß die Rizzibrauerei veranlassen, der Bank für Brau-Industrie diese Obligationen zu 100 abzunehmen und sie zum selben Kurs ihren Gläubigern in Zahlung zu geben. Die Gläubiger weigerten sich jedoch, die Obligationen zu 100 in Zahlung zu nehmen. Man einigte sich schließlich auf den Kurs von 84. Dadurch hatte die Bank für Brau-Industrie einen Zwischen-gewinn von 45 000 M. gemacht, während es die Pflicht des Herrn Franz gewesen wäre, diesen Gewinn der Dresdener Kreditanstalt zuzulassen zu lassen. Man könnte aber die Berechtigung der Transaktion allemals streiten, wenn die Rizzibrauerei-Obligationen der Kreditanstalt fest abgenommen worden wären, so daß die Bank für Brau-Industrie wenigstens ein Risiko gehabt hätte. So lagen die Dinge aber nicht, sondern man ließ sich die Obligationen anstellen

und verkaufte sie dann mit einem Aufschlag von zehn Prozent. Geschäft ist durch das Geschäft aber auch die Muzzi-Druckerei; denn sie mußte, um der Wank für Frau-Industrie zu dem einträglichen Geschäft verhelfen zu können, den Gläubigern, damit sie die Obligationen überhaupt in Zahlung nahmen, noch 60 Genußscheine im Auslösungswert von 105 000 M. gratis dazu geben." —

Der Berliner Centralverein für Arbeitsnachweis berichtet im Monat November 1901 über die statistischen Ergebnisse aus 85 Berliner Arbeitsnachweisen, im Vorjahre stützte sich seine Erhebung nur auf 33. Im November hatten sich in diesen 85 Arbeitsnachweisen 18 104 Arbeitslose gemeldet, denen im Oktober 22 177 Meldungen entgegengesetzt werden können. Verlangt wurden im Monat November 9472 Arbeitskräfte gegen 18 843 im Oktober. Das Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen hatte sich somit um ein Bedeutendes verschlechtert, trotzdem von einigen Berufen berichtet werden konnte, daß wegen des Weihnachtsgeschäfts in ihrem Gewerbe die Nachfrage sich gebessert hatte. Das Mißverhältnis konnte aber durch diese Ausnahmen in der Gesamtübersicht nicht einträchtig werden. So kamen auf **100 offene Stellen 214 Arbeitsuchende im November**, während es im Oktober nur 160 waren.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis berichtet über die Tätigkeit seines Bureaus folgendes:

Wie in jedem Jahre, so trat gegen den Oktober eine nicht unerheblich weitere Verschlechterung der Geschäftslage im November ein. Das Angebot der offenen Stellen verringerte sich um 600. Infolge des Mangels offener Stellen machte sich auch ein Rückgang unter den Arbeitsuchenden bemerkbar; es ließen sich in die Listen des Arbeitsnachweises eintragen 1988 gegen 3066 im Monat Oktober.

Auch bei den Facharbeitsnachweisen hat die Nachfrage gegen Oktober ganz bedeutend nachgelassen. Infolge Abchlusses der Saison ging die Zahl der verlangten Stellen bei den Tapezierern von 547 im Oktober auf 68 zurück und bei den Malern von 1413 auf 74. Auch bei den Schlossern gestaltete sich die Geschäftslage sehr still. Eingeschrieben wurden 277 Arbeitsuchende, offene Stellen wurden 107 gemeldet, von denen 88 besetzt wurden. Bauanwärter wurden 28 verlangt und auch untergebracht. Bei den Klempnern beschränkte sich die Nachfrage mehr auf Werkstatte- und Reparaturarbeiter, im ganzen lagen bei ihnen 68 gemeldete offene Stellen vor. Sehr schwach war die Vermittlung bei der Abteilung für Wäscherinnen und Plätterinnen. Sowohl die Nachfrage als das Angebot von Kräften war geringer als im vorigen Monat. Das Gleiche läßt sich von der weiblichen Abteilung berichten. Vorzüglich sind es Druckereiarbeiterinnen, welche unter der schlechten Geschäftslage zu leiden haben.

Ausbehnung der amerikanischen Trufbildung. Der „New York Herald“ meldet: Gestern wurde offiziell bekannt gegeben, daß die von der „American Steel Corporation“ angekauften Bergbauanlagen, deren Zweck die Uebertragung der Kontrolle über die bisher von der englischen Nickel-Corporation ausgebeuteten Nickelager bildete, zum Abschluß gelangt sind. Bei dieser Operation handelt es sich um eine Summe von über 3 oder 4 Millionen; die von der erstgenannten Corporation somit erlangte Aufsicht gestattet es derselben, besser die Herstellung der Nickelstahl-Panzerplatten zu kontrollieren.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Januar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige erste Sitzung im neuen Jahre ist zunächst der Einführung der bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen im November v. J. wieder- bzw. neugewählten Mitglieder und der Konstituierung der Versammlung für das Jahr 1902 gewidmet.

Wiedergewählt wurden die Stadtv. Dr. Kirchow, Jubel, Gottfried Schulz, Alt. Burm, Pfanckl, Jacobi, Radewig, Jasquel, Schulze, Pflücker, Perls, Liebenow, Reimann, C. Goldschmidt, Mentel, Max Schulz, Kluth, Dr. Bülow, Buchow, Kemp, Rommeln, Nischelet, Kreitling, Friedländer, Kelle, Fr. Goldschmidt, Esmann, Dr. Langerhans, Jylicz, Heilmann, Koch, Louis Sachs.

Neugewählt wurden: Dr. med. Alfred Bernstein, Gastwirt Theodor Meyner, Dr. med. Raphael Friedberg, Schmied Emil Wasner, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, Schankwirt Hermann Kamlow, Arzt Dr. Hermann Weyl, Rentier Bitterhoff, Expedient Theodor Glode, Wäckermeister Gemeinhardt, Kaufmann Künze, Prof. Dr. Landau, Handelsrichter Solmig, Syndikus der Kaufmannschaft Dove. Diesen tritt hinzu der in der Ergänzungswahl für den doppelte gewählten Rechtsanwalt Liebknecht nachgewählte Redacteur Carl Leid. (Die Mitglieder, deren Namen geperlt gedruckt sind, gehören der sozialdemokratischen Fraktion der Versammlung an.)

Die Sitzung wird von dem Alterspräsidenten Sanitätsrat Dr. Reumann eröffnet und

die Einführung

von dem Oberbürgermeister Kirchner mit folgender Ansprache vollzogen:

Meine hochverehrten Herren! Es ist für die städtischen Behörden eine große Freude und Gemüthsruhe, an der Wende des neuen Jahres eine so stattliche Anzahl von Männern begrüßen zu können, die von ihren Mitbürgern ausgewählt und bereit sind, teilzunehmen an der städtischen Verwaltung. Wir erbliden manches vertraute und befreundete Gesicht, erprobte Männer, die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten der Stadtverordneten-Versammlung angehören und in ihr sowie in den städtischen Verwaltungsdeputationen durch Tat und That sich bewährt haben an der Förderung der Wohlfahrt der Stadt. Sie seien vor allem herzlich willkommen. Aber nicht minder herzlich begrüße ich die Herren, die heute zum erstenmal in dieser Saale erscheinen, die von nun an ihre Zeit und Kraft, ihre Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst unseres Gemeinwefens stellen und an den Sorgen und Arbeiten der Verwaltung teilnehmen wollen. Wir leben in einer Zeit, in der mehr als ehe- dem auch in der Gemeinde die Interessen einzelner Klassen mit Kraft und Schärfe vertreten werden. Ich beklage diese Erscheinung nicht; nur wo in den Teilen Leben und Regsamkeit ist, kann das Ganze gedeihen. Sie enthält auch solange nichts Veforgnüberredendes, als nicht verloren gegangen ist das Verständnis für das Gemeinwohl, für das Allgemeine, die Rücksicht auf das Ganze, die Liebe zum Ganzen. Aber wohl enthält sie eine ernste und schwere Gefahr, wenn diese heiligen Güter angetastet werden, wenn das Verständnis und Empfinden schwindet für den Gedanken, der die Grundlage jedes Gemeinwefens ist: das Ganze steht über den Teilen. Darum hat jeder, der an öffentlichen Leben thätig ist, die heilige Pflicht, jederzeit dessen eingedenk zu sein auch im schwierigsten Kampfe der widerstrebenden Interessen, daß das letzte Ziel nicht ist das Wohl der Teile, sondern das Wohl der Gesamtheit. Sie, meine Herren, vor allem werden diese Pflicht zu üben haben, denn nach dem Geiste der Städte-Ordnung sind Sie alle, ein jeder von Ihnen, Vertreter nicht einzelner Klassen, sondern der gesamten Bürgerschaft. Mögen Sie sich dieser ernsten, oft schwer zu erfüllenden Pflicht allezeit bewußt sein, suchen Sie in dieser Versammlung, die dazu berufen ist, die Interessen widerstrebender Teile auszugleichen und zu versöhnen, das Gemeinwohl, das allen am Herzen liegt, das Verschönende; dann werden Sie am besten, am sichersten, am zuverlässigsten fördern das Wohl aller Teile und damit das Wohl der Gesamtheit. Hierauf nimmt der Oberbürgermeister die Wieder- und Neugewählten durch Handschlag in Eid und Pflicht und heißt die neuen Mitglieder nochmals willkommen.

Alterspräsident Dr. Reumann spricht hierauf namens der Versammlung dem alten Vorstande den Dank für die treue und fleißige Arbeit aus, mit der er während des vergangenen Jahres seines Amtes gewaltet hat (Lebhaftes Beifall, die ganze Versammlung hat sich erhoben), und beauftragt sodann den früheren Vorsteher-Stellvertreter Nischelet zur Leitung des Wahlganges für den Vorsteher.

Stadtv. Cassel (N. L.) beantragt, den langjährigen, bewährten Vorsteher Dr. Langerhans durch Acclamation wiederzuwählen. (Allseitige Zustimmung.)

Widerpruch erfolgt nicht; unter lebhaftem Beifall wird Dr. Langerhans einstimmig gewählt.

Stadtv. Dr. Langerhans: Ich nehme mit Dank für das Vertrauen, das Sie mir schenken, die Wahl an. (Beifall.) Ich werde mich bemühen, mit derselben Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zu präsidieren, die ich bisher ausgeübt zu haben glaube, werde aber auch suchen, in den Fällen, wo ich für die Versammlung repräsentativ einzutreten berufen bin, in derselben Weise zu handeln wie bisher. Der Vorsteher nimmt darauf den Präsidentensstuhl ein. Nach einer kurzen Ansprache erfolgt

die Wahl des Vorsteher-Stellvertreters,

und zwar durch Stimmzettel. Neben zwei unbeschriebenen Zetteln werden 129 gültige abgegeben. Stadtv. Nischelet erhält 92, Stadtv. Singer 85, Stadtv. Jähndrich 1 Stimme.

Stadtv. Nischelet nimmt die Wahl mit dem verbindlichsten Danke für den erneuten, liebenswürdigen Vertrauensbeweis an.

Es folgt die

Wahl der drei Beisitzer und der drei Beisitzer-Stellvertreter.

Die bisherigen Beisitzer sind die Stadtv. Geride (fr. Fr.), Seibert (N. L.) und Frid (N. L.)

Stadtv. Singer zur Geschäftsordnung: Im Auftrage meiner Freunde habe ich die Mitteilung zu machen, daß wir der Meinung sind, daß entsprechend unserer Stärke in dieser Versammlung uns ein Sitz im Vorstande gebührt. Wir schlagen demgemäß zum Beisitzer den Kollegen Borgmann vor.

Auf Antrag Cassel werden die drei Beisitzer und die drei Stellvertreter in einem Wahlgange gewählt.

129 Stimmzettel werden abgegeben. Es erhalten: Frid 129, R. Geride 104, Seibert 87; außerdem Borgmann 46, Jasquel 1. Die drei Erstgenannten sind gewählt und nehmen die Wahl an.

Auch zur Wahl der drei Beisitzer-Stellvertreter schlägt Stadtv. Singer den Kollegen Borgmann vor. Bisherige Stellvertreter waren Pflücker (N. L.), Friederici (N. L.), Löwner (N. L.)

Es erhalten bei 126 abgegebenen Stimmzetteln Pflücker 90, Friederici 88, Löwner 82 Stimmen; diese 3 Herren sind gewählt. Außerdem erhält Borgmann 42, Jasquel und Jacobi je 1 Stimme.

Damit ist die Versammlung konstituiert und „nach alter Sitte“ bringt der Vorsteher bei Eintritt in die materiellen Geschäfte ein dreifaches Hoch auf den Kaiser und Königin aus, in das die Anwesenden (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) stehend einstimmen.

Auch für das Jahr 1902 wird als Sitzungstag für die ordentlichen Sitzungen der Versammlung der Donnerstag bestimmt. Die Sitzungen sollen wie bisher um 5 Uhr beginnen.

Die Vorbereitung der Beschlußfassung über die Neuwahl der ständigen Ausschüsse, über die Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien und über die Juteilung der Stadtdistrikte an die Mitglieder behufs der Ausführung von Recherchen wird einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Die Specialausschüsse, die ihren Auftrag aus 1901 noch nicht erledigt haben, werden größtenteils in ihrer bisherigen Zusammen- setzung bestätigt, event. soll für die ausgeschiedenen durch die zuständigen Abteilungen Ersatz gewählt werden. Dasselbe wird bezüglich der gemischten Deputationen beschlossen.

Die Beratung über die Ausführvorschläge in Sachen der Ausführung des Fürsorge-Erziehungsgesetzes wird auf Antrag Stadthagen für die nächste Sitzung zurück- gestellt.

An der Senefelderstraße soll für Gemeindeful- zweck von der Aktiengesellschaft für Grundbesitz- und Hypotheken- verkehr ein 5402 Quadratmeter großes Grundstück für 270 100 M. erworben werden.

Die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats an Stelle des Dr. Münsterberg soll durch einen Ausschuss vorbereitet werden. Schluß 8 1/4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, das Organ des deutschen Buchdrucker-Verbandes, ist mit seiner am 1. Januar erscheinenden Nr. 1 in den 40. Jahrgang seines Erscheinens getreten. Der „Correspondent“ dürfte das älteste deutsche Gewerkschaftsblatt unter den zur Zeit erscheinenden sein. Ganz zweifellos konnten wir dies nicht feststellen, weil einige Gewerkschaftsblätter nur die Jahreszahl und nicht den Jahrgang des Erscheinens neben dem Titel führen. Auch in Bezug auf die Erscheinungsweise ist der „Correspondent“ der Buchdrucker der übrigen Gewerkschaftsblätter weit voraus; es ist das einzige dreimal wöchentlich erscheinende Fachorgan.

Der Scherenschleifer-Streit in Solingen scheint seinem Ende entgegen zu gehen. In einer fast besuchten Scherenschleifer-Versammlung stimmte die überwältigende Majorität der Anwesenden gegen 10—12 Stimmen für den in der letzten Nummer mitgeteilten Einigungsvorschlag.

Die Einigungskonferenz, die in Sachen des Anschlusses des Vorsteher-Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 30. Dezember im Gewerkschafts- hause zu Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Genossen Legien tagte, war von den Verbandsvorständen, den Ausschussvertretern des Buchbinder- und auch des Vorsteher-Verbandes besucht. Der Verband der Sattler hatte zwei Offenbacher Kollegen mit seiner Vertretung betraut. Die Verhandlungen dauerten von früh 10 Uhr bis nachmittags gegen 5 Uhr und drehten sich hauptsächlich um die Begrenzung der Agitationsgebiete in den verschiedenen Branchen der beiden Organisationen. Einen principiellen Protest gegen die Angliederung des Vorsteher-Verbandes erhob der Vorstand des Buchbinder-Verbandes nicht, sondern erklärte, seine Einwendungen zurück- zuziehen, falls der Vorsteher-Verband seine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder nur unter dem Vorsteher-Verband betreiben wolle. Die Vertreter des Sattler-Verbandes erklärten, daß sie keinen Grund einsehen, warum den Vorsteher-Verband der An- schluss an die Generalkommission verweigert werden solle, denn die Vorsteher-Verband gehörten doch eher zu einem Lederindustrie- verband als wie zu den graphischen Gewerben. Nach den langen Auseinandersetzungen, die sich hauptsächlich auf verschiedene Internas der beiden Verbände erstreckte, wurde vom Genossen Dietrich, dem Vorsitzenden des Buchbinder-Verbandes, ein längeres Memorandum unterbreitet. In demselben wird erklärt, daß die Vertreter des Buchbinderverbandes für die Zurückziehung ihres Protestes von dem Moment an wirken wollen, wo der Vorsteher-Verband sein Statut dahin ändert, daß nur noch Vorsteher und Leder-galanterie- Arbeiter bei ihm Aufnahme finden, alle übrigen bis jetzt mit einbezogenen Branchen (in Betracht kommen hauptsächlich Papier- galanterie- und Eisdarbeiter) also in Zukunft keinen Anschlag mehr bei ihm finden sollen. Wenn der Vorsteher-Verband sein Statut spätestens bis 1. Juli 1902 dahin abgeändert habe, soll seitens des Buchbinderverbandes die Agitation unter den Vorsteher-Verband eingestellt und dementsprechende Abänderungen im Statut durch Abstimmung oder Generalkonferenz vorgekommen werden. Auch sollen im Falle einer Verständigung der beiden Organisationen auf der angegebenen Grundlage bei Lohn- bewegungen orientierenden Mitteilungen ausgetauscht werden. Bei Streiks oder Ausperrungen verpflichten sich die beiden Verbände jedoch nur insoweit zur Beschaffung finanzieller Unterstützung, als

Mitglieder des eignen Verbandes daran beizutragen sind. Sollte eine Einigung nicht zu Stande kommen, so will der Buchbinder-Verband den Vorsteher-Verband auch ferner als Konkurrenzorganisation betrachten und seine Maßnahme dementsprechend treffen. Diese Fest- setzungen fanden allseitige Zustimmung und glauben die Anwesenden, daß auf dieser Grundlage eine Einigung zu Stande kommen wird. Mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen gute Früchte zeitigen möchten, schloß Genosse Legien die Konferenz. — Wie wir hören, wird von Seiten des Vorsteher-Verbandes schon in aller Kürze durch Abstimmung die gewünschte Statutenänderung zu bewirken gesucht werden.

In der Goldbleiben-Fabrik von Schulze u. Comp. zu Köln Ehrenfeld kündigten die Volkswärter wegen der Wahrgelung eines achtundzwanzig Jahre lang dort be- schäftigt gewesenen Kollegen. Dieser hatte sich mit seinen Kollegen über den Streik bei Hieronimus unterhalten, und er kam zu- gleich auf einen Teil der hiesigen Mißstände zu sprechen. Ein Reisender (S) der Firma erklärte ihm daraufhin, er solle aufhören, wenn ihm die Zustände nicht pakteten. Ueber diese Behandlung eines alten Arbeiters aufgebracht, erklärten sich die übrigen Kollegen solidarisch, kündigten und verließen ruhig die Fabrik. Noch ehe der Genosse Legien das Comptoir verlassen hatte, waren seine Kollegen schon auf der Straße. — Den Zugang auswärtiger Kollegen bittet man fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Töpler! Der Ofenfabrikant Fr. Müller in Kamen z in Sachen hat den von ihm und den bei ihm arbeitenden Töpfern auf zwei Jahre durch Unterschrift vereinbarten Lohnvertrag gebrochen, indem er zwei Wochen vor Weihnachten ohne stichhaltigen Grund einen fünfprozentigen Lohnabzug ankündigte; mehrere Verhandlungen der Lohnkommission sowie des Vertreters des Central- vorstandes blieben fruchtlos. Der Unternehmer glaubt, die Zeit sei günstig, ein von ihm durch Unterschrift gegebenes Ehrenwort zu brechen und die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung herabzudrücken. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck vorstehender Notiz gebeten.

Ausland.

Die ungarländischen Gewerkschaften hielten während der Weihnachtstage ihren zweiten Kongreß im großen Saale des alten Stadthauses in Budapest ab. Aus Budapest selbst waren 41 Vereine mit 76 Delegierten, aus der Provinz 39 Vereine mit 65 Delegierten vertreten. Nach dem Bericht des Exekutivkomitees für die Fachorganisationen zählten 49 Vereine, die ihren Bericht einbrachten, im Jahre 1899 8892 Mitglieder, im Jahre 1900 bereits 8222 Mitglieder. Unter den Fachvereinen ist der größte der der Budapestische Buch- drucker, der allein 2279 Mitglieder zählt. Weiter erwähnt der Bericht, daß die Zahl der Arbeiter in Budapest seit vorigem Jahre um 40 Proz. abgenommen, die Zahl der Mitglieder der Fachvereine sich aber trotzdem gehoben hat. In 19 Streiks hat das Exekutivkomitee mit 14 117 Kronen eingegriffen, welchen Betrag die Fachvereine als Unterstützung gewährten. Den weiteren Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß die Organisationen am Lande größere Fortschritte machen. Alle klagen jedoch über die schlechten Lohnverhältnisse im ganzen Lande. Der Kongreß forderte unter anderem die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ohne materielle Belastung der Arbeiter und beschäftigte sich weiter mit der Stellungnahme zu den ausländischen Verbänden. Als Genosse Grohmann das Wort ergriff, um zu der Aus- weisungsgeschichte des Abgeordneten Cabrini Stellung zu nehmen, verbanderte dies der anwesende Polizeikommissar. Der Kongreß protestierte einstimmig gegen diesen Akt der Polizeivillkür. Als Mitglieder des Landes-Gewerkschaftsverbandes wurden gewählt: A. Teszarsz, J. Israel, A. Drabosky, J. Seidner, J. Siskovszky, Kitahya, Kun, Bancfal, Tuzai und Gogolyn. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Abhängen der Parzellkarte wurde der Kongreß geschlossen.

Der „Dänische Textilarbeiter-Verband“ hat es abgelehnt, auf Grund der von der Fabrikanten-Organisation gemachten Vor- schläge zu verhandeln und den Fabrikanten eine Verhandlung auf Grundlage der alten Lohnsätze vorge schlagen, die dann bis zum Abschluß der Verhandlungen in Kraft bleiben sollen.

Zum Diamantarbeiter-Streit in Amsterdam. Die vorgestern im Depeschenteil angeländigte Versammlung der Beisitzer von Diamantschleifereien hat die Aussperrung sämtlicher Arbeiter beschlossen. Nur die bereits angefangene Arbeit soll beendet werden. Der angeordneten Aussperrung gegenüber wollen nun die Vorstände der Diamantarbeiter-Vereine den all- gemeinen Ausstand proklamieren. Der Ausstand soll sämt- lichen Mitgliedern der Arbeitgeber-Vereinigungen gegenüber durch- geführt werden.

Die „Unabhängige Arbeitsbörse“ von Paris, von deren Einrichtung wir schon kurz berichtet haben, ist dieser Tage in An- wesenheit einer Anzahl nationalitätlicher Gemeinderäte eingeweiht worden. Diese Gründung der „reinen Gewerkschaften“ wird seitens des Unternehmertums unterstützt. Ihr Zweck ist durchsichtig genug; man will durch die Gelben die Solidarität der Arbeiter zu nichte machen. Leider hat sich eine Anzahl Arbeitervereine von den be- zahlten Machern des Unternehmertums zum Anschluß verleiten lassen.

Im Anschluß an einen Arbeiterausstand in der Umgebung der Benchn-Schieferbrüche in Nordwales sind nach dem „Wolffischen Bureau“ in der Nachbarschaft Unruhen entstanden. Militär wird zum Eingreifen bereit gehalten. Wie das offizielle Bureau mitteilt, sollen in der Nacht zum 2. Januar sogar mehrere Häuser in dem Distrikt zerstört worden sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Apenrade, 2. Januar. (W. T. B.) Ein bei der hiesigen Rederei Leben eingegangenes Telegramm meldet, daß sämtliche vermehrte Mannschaften vom Dampfer „Clara“ bei Høihau glücklich gelandet und somit die gesamte Mannschaft ge- rettet ist.

Solingen, 2. Januar. (W. T. B.) Der Verein der Scherenfabrikanten genehmigte heute den Antrag seines Ausschusses auf Zustimmung zu einer unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Lucas am vergangenen Sonntagabend mit Vertretern des Scherenfleischer-Vereins in der Frage der Löhne getroffenen Vereinbarung und auf Aufhebung der über die Mitglieder des Scherenfleischer-Vereins verhängten Sperre.

Sernauastadt, 2. Januar. (W. T. B.) Sämtliche For- linge der hiesigen Handelsakademie haben den Besuch der Akademie eingeklärt. Sie erklären, dieselbe so lange nicht besuchen zu wollen, bis nicht der Professor der französischen und deutschen Sprache, dessen Strenge nicht zu er- tragen sei, durch einen andern Professor ersetzt werde.

Charleroi, 2. Januar. (W. T. B.) Die Radikalen des hiesigen Graben, welche kürzlich ein Syndikat gebildet haben, welches bereits 250 Mitglieder zählt, haben an den Grabendirektor ein Kollektivschreiben gerichtet, in welchem sie um Wahrung der Arbeitszeit erfragen, indem sie erklären, daß angesichts der großen Auf- merksamkeit, welche ihre Arbeit erheischt und wegen der Verantwort- lichkeit ihres Verleses acht Stunden Arbeitszeit nicht überschritten werden dürfen. Das Schreiben schließt, man möge sie nicht in den Ausstand treiben, da sonst ernste Folgen entstehen würden.

Petersburg, 2. Januar. (W. T. B.) Die Nachricht von einem Bombenattentat vor dem Palais des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch in Alet wird an hiesiger zuständiger Stelle als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

New York, 2. Januar. (Weldung des „New Yorker Bureau“.) Ein Telegramm aus Port de France meldet: Das Dampfschiff „Danig“ mit General Matos, mehreren andern Generalen und 300 Freiwilligen an Bord ist nach Venezuela abgefahren. Es heißt, daß das Schiff unterwegs noch andre Mannschaften an Bord nehmen wird. Der „Danig“ ist mit einem leichten Panzer versehen und die Geschützstellungen sind geschützt worden. Das Schiff hat moderne Ausrüstung.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1901.

(Schluß)

Am ersten

Oktober

sprach ferner im 2. Reichstags-Wahlkreis vor einer Volksversammlung im Saale der Vodbräueri Engelbert Bernerstorfer...

Am 7. begannen die Verichterstattungen der zum Parteitage entsandten Delegierten. Den Anfang machte Weihen-

Am 14. und 15. Oktober zogen die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich durch

Der 15. bedeutete auch den offiziellen Eintritt in die Wahl-

November

brachte wieder einmal eine gerichtliche Verurteilung wegen Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Am 2. trat in Rummelsburg die Kreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim zusammen.

Der 6. war der große Tag der Ersatzwahl der Stadtverordneten der dritten Abteilung in Berlin wie in Charlottenburg.

Am 11. folgte die gleiche Wahl in Schöneberg, welche ebenfalls einen schönen Erfolg hatte.

Dieser schloß sich am 11. und 12. diejenige in Potsdam und am 12. diejenige in Spandau an.

Der 18. zeitigte in Berlin 8 Arbeitslosen-Versammlungen.

Der § 153 der Gewerbe-Ordnung forderte am 21. abermals ein Opfer. Diesmal waren es die Schuhmacher Rosenbede und Timpf, welche zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt wurden.

Der 22. (Wupstag) wurde von dem Zentralverband der Zimmerer zur Abhaltung einer Delegierten-Konferenz in Gewerkschaftshaus betreffend Beschlußfassung über die Verlängerung

Am 24. hielt der Central-Wahlkreis für den Reichstagswahlkreis Zeltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg in Schöneberg seine Generalversammlung ab.

Am 26. erfolgte die Wiedereröffnung der Reichstags-Session. — Am selbigen Tage fand in Charlottenburg die Stadtverordneten-Stichwahl statt.

am 27. war die Hauptwahl zur Gemeindevertretung in Wilmersdorf und

am 29. die Stadtverordneten-Stichwahl in Schöneberg.

Der Weihnachtssonat

Dezember

setzte gleich mit einem großen Ereignis ein.

Am 2. fand nämlich der China-Prozess gegen den „Vorwärts“ statt. Als Beschuldigter hatten sich die Redactoren Wilhelm Schröder, Robert Schmidt und Paul John zu verantworten.

Der Frauenagitation diente die am 5. bei Keller in der Kopperstraße tagende Volksversammlung, in welcher Frau Clara Jeklin-Stuttgart über den „Nichtzoll und die proletarischen Frauen“ referierte.

Der 11. brachte eine Stadtverordneten-Wahl im 82. Kommunal-Wahlbezirk, aus welcher Redacteur Leid („Vorwärts“) als Gewählter hervorging. — Am gleichen Tage wurde eine Arbeitslosen-Versammlung in Neu-Weißensee abgehalten.

Nach hitzigen Debatten über den neuen Polltarif ging am 12. der Reichstag in die Weihnachtssession.

Der 18. brachte eine von vollem Erfolge gekrönte Stadtverordneten-Wahl in Schöneberg und

der 17. die Gemeindevertreter-Stichwahl in Wilmersdorf. Sie sicherte dem Genossen August Ratusch als erstem Socialdemokraten einen Sitz in der Gemeindevertretung dieses Ortes.

Als Weihnachtsgabe brachte die polizeiliche Beschlagnahme von ca. 30.000 Exemplaren der von der Wachhandlung Vorwärts herausgegebenen Weihnachtszeitung „Arbeitslos“ sowie der bemalten Platten. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander).

Am 24. schied der Genosse Othmar Schmidt-Nixdorf, Redacteur des „Steinarbeiter“, aus dem Leben.

Mit der am 27. und 28. im Gewerkschaftshaus tagenden vierten Gaukonferenz des Holzarbeiter-Verbandes für die Provinz Brandenburg erreichte die Flucht bemerkenswerter Ereignisse im Jahre 1901 ihr Ende.

6. Verbandstag der vereinigten Dachdecker und verwandter Berufsgenossen Deutschlands

in Mainz vom 27. bis 30. Dezember.

Anwesend waren 19. Delegierte aus allen Teilen des Reiches. Außerdem Vertreter des Centralvorstandes, Ausschusses, der Reichspresse und der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands. Der Centralvorstand legte einen ausführlichen gedruckten Bericht über seine Thätigkeit vom 1. November 1899 bis einschließlich den 30. September 1901 vor. Nach diesem Bericht ist die Zahl der Mitglieder von 3066 auf 3008 und die Zahl der Filialen von 95 auf 115 gestiegen. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 32.935,38 M., die Ausgaben auf 30.908,75 M., so daß ein Kostenbestand von 2026,60 M. verbleibt. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: Für die Lohnbewegungen 11.520 M., für das Fachblatt ca. 4080 M., für die Agitation 2248,46 M. und für die Reise-Unterstützung 1279,85 M. Im weiteren weist der Bericht nach, daß der Verband eine für die Mitglieder in jeder Beziehung nutzbringende Thätigkeit entfaltet habe. In der Debatte wurden mehrere

unbedeutende Beschwerden vorgebracht, im allgemeinen jedoch fand die Thätigkeit des Vorstandes volle Anerkennung. Um im Fachblatt mehr Platz für aufklärende Artikel zu schaffen, soll das Blatt in kleinerer Schrift gesetzt, die Veröffentlichung der Versammlungsberichte eingeschränkt und die Namen der ein- und ausgetretenen bezw. ausgeschiedenen Mitglieder nicht mehr wie bisher veröffentlicht werden.

In dem Referate über Lohnbewegung und Streiks wurde angeführt: Es fanden 19 Streiks statt, welche sämtlich zu einer Lohn-erhöhung geführt haben. Außerdem wurde in 7 Fällen die Arbeitszeit verlängert. Dagegen erfolgten ohne Streiks Lohnveränderungen in 48 Fällen und eine Verlängerung der Arbeitszeit in 4 Fällen. Ein fester Tarif besteht in 13 Filialen, eine Tarifcommission in 11 Filialen. — Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse weichen an den verschiedenen Orten erheblich von einander ab. Der Lohn stellt sich auf 20—30 Pf., die tägliche Arbeitszeit im allgemeinen auf 10 Stunden, in Ausnahmefällen auf 9 und 9 1/2 Stunden, aber auch auf 10 1/2, 11, ja 13 und 16 Stunden. Die Debatte erstreckt sich auf die Erfahrungen, welche bei den Streiks gemacht worden sind. Schließlich wurde der Antrag angenommen, daß die Streik-Unterstützung nicht mehr, wie bisher, erst nach Verlauf einer Woche, sondern schon nach drei Tagen seit Beginn des Streiks gezahlt werden soll.

Ueber Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung referierte der Centralvorsitzende Georg Diehl-Franfurt a. M. und führt dabei das Ergebnis der vom Verband vorgeschickten Arbeitslosen-Zählung an. An dieser Zählung haben sich 873 Kollegen beteiligt, die in der Zeit vom 12. November 1900 bis zum 30. April 1901 29.646 Tage der Arbeitslosigkeit infolge von Arbeitsmangel gegenüber 100.948 1/2 Tagen mit Arbeit erlab. Von jenen 873 Kollegen hatten nur 142 Kollegen während der ganzen Zeit der Zählung Arbeit, 168 Kollegen waren weniger als 1 Woche arbeitslos, 663 Kollegen waren länger als 1 Woche arbeitslos und zwar zusammen 25.544 Arbeitstage. Aus diesen Zahlen zieht der Referent den Schluß, daß selbst mit einem Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche doch nur die Entschädigung für einen verhältnismäßig kleinen Teil der arbeitslosen Tage bezahlt werden kann. Fast sämtliche Delegierte erkennen den großen Wert an, den die Arbeitslosen-Versicherung haben würde. Ebenso aber schämen auch sie das materielle Opfer, das die Kollegen um der Arbeitslosen-Versicherung willen auf sich nehmen, als ein sehr schweres ein, jedoch sollte der Versuch mit möglichster Vorsicht gemacht werden, falls die große Mehrheit der Mitglieder damit einverstanden ist. Es wird daher beschlossen — und dies ist ein wichtiges —, daß in der ersten Woche des Monats Juni 1902 eine Abstimmung vorgenommen werden soll. Entscheiden sich hierbei zwei Drittel der Abstimmenden für die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung, so wird der jetzige Beitrag von 27 auf 50 Pf. pro Woche erhöht, wovon 20 Pf. für die Arbeitslosen-Versicherung verwendet werden müssen. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird auf 6 M. pro Woche festgesetzt und vom 1. November 1904 ab für höchstens 36 Tage pro Jahr und Mitglied ausgezahlt. Dasjenige Mitglied aber, welches mit seinen Beiträgen länger als acht Wochen im Rückstande geblieben ist, erhält keine Unterstützung. Die Bestimmung wird auch auf alle anderen vom Verbande gewährten Unterstützungen ausgedehnt, die bisher erst bei einem Rückstand von mindestens 13 Wochen wegfielen.

Die Frage, an welchem Orte der Verband seinen Sitz haben soll, ruft ebenfalls eine lange Debatte hervor, da von den Berliner Kollegen der Antrag gestellt ist, den Centralis in Frankfurt a. M. nach Berlin zu verlegen, weil für die vielen Verbandsarbeiten, namentlich für die Baueinrichtungen, und für die Agitation in Norddeutschland eine wirtschaftlich unabhängige Kraft, wie wir sie in unserem Centralvorsitzenden haben, in Berlin zur Verfügung stehen muß. Von den Delegierten aus allen anderen Orten wird erwidert, daß der Centralvorsitzende mehr als genug mit den Arbeiten für die Centralverwaltung zu thun habe und sich unmöglich mit lokalen Angelegenheiten befassen könne. Für die Agitation in Norddeutschland wird von mehreren Rednern die Anstellung eines besonderen Gauvorsitzenden für Berlin auf Kosten des Centralverbandes empfohlen. Jedoch sprechen die Berliner Delegierten die Befürchtung aus, daß es zu Mißbilligkeiten zwischen dem norddeutschen und süddeutschen Beamten und damit zu einer Spaltung des Verbandes kommen könnte. Der Berliner Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 15 Stimmen gegen die der 3 Berliner Delegierten abgelehnt, dagegen folgende Anträge mit großer Mehrheit angenommen: Der Centralvorstand wird beauftragt, sobald es die Mittel des Centralverbandes erlauben, mit Einverständnis der Berliner Kollegen einen zweiten Beamten für die Gauen Norddeutschlands mit seinem Wohnsitz in Berlin anzustellen.

Reichstags-Abgeordneter Gustav Hoch giebt einen Bericht über die vom Verbande vorgenommene Erhebung bezüglich des Schutzes der Dachdecker bei ihrer Arbeit. Aus 88 Orten, unter denen sich die meisten für das Dachdeckerergewerbe wichtigeren Orte befinden, liegen zuverlässige Mitteilungen vor. Nach denselben gab es nur in 34 von den 88 Orten eine besondere Polizeiverordnung zum Schutze der Bauarbeiter. Ernsthaft beachtet werden diese polizeilichen Schutzvorschriften in — 9 Fällen. In den meisten Orten dagegen merken die Dachdecker in der Praxis gar nichts von den Schutzbestimmungen. Daher müßten die Dachdecker zum Schutze ihrer geliebten Glieder mit allen Kräften für bessere Schutzvorrichtungen eintreten. Leider werde diese Pflicht von vielen Dachdeckern vernachlässigt. Deshalb empfiehlt Redner folgende Resolution:

Der 6. Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verwandter Berufsgenossen Deutschlands erklärt, daß der Schutze der Dachdecker bei ihren geschäftlichen Arbeiten noch immer aufs ärgste vernachlässigt wird. Deshalb ist es die Pflicht jedes gewissenhaften Kollegen, mit allen Kräften für einen besseren Schutze der Dachdecker bei ihrer Arbeit einzutreten. Da in erster Linie diese Pflicht unserem Verband obliegt, fordert der Verbandstag alle Filialen, Gauen und den Central-Vorstand auf, die Agitation für besseren Schutze der Dachdecker unermüdet und in immer stärkerem Maße zu betreiben.

Zu diesem Zweck sind mindestens in jedem Jahre in einer öffentlichen Versammlung die bestehenden Mißstände bezüglich des Bauarbeiter-Schutzes sowie die Mittel und Wege zu den nötigen Verbesserungen darzulegen, wobei namentlich auch den Kollegen die größte Vorsicht und strengste Beachtung der bestehenden Schutzvorschriften zu empfehlen ist.

Außerdem sind immer von neuem an die zuständigen Instanzen: die Reichsregierung, die Landesregierungen, die Kommunalverwaltungen, die Berufsvereinigungen, das Reichs-Versicherungsausschuss und die Zunmgen Eingaben zu richten, um bessere Schutzbestimmungen zu erlangen. Bei dieser Thätigkeit haben die Kollegen möglichst mit den anderen Bauarbeitern Hand in Hand zu gehen und sich besonders auch an den lokalen Bauarbeiter-Schutzcommissionen zu beteiligen.

Nachdem mehrere Redner ausdrücklich bestätigten, daß es mit dem Schutze der Dachdecker sehr schlecht bestellt ist, wird die Resolution einstimmig angenommen.

Der wöchentliche Beitrag wird von 27 Pf. auf 30 Pf. erhöht, hiezu kommt dann, nach Einführung der Arbeitslosen-Versicherung, der schon früher beschlossene Zuschlag von 20 Pf. Von den 30 Pf. werden 75 Proz. der Centralkasse überwiesen und zwar 50 Proz. für die Verwaltung, 20 Proz. für die Streiks und 5 Proz. für die Agitation.

Dem Centralvorsitzenden wird zum Unterhalt eines Bureaus ein Wohnungszuschuß von 200 M. pro Jahr bewilligt, seine Reisekosten von 5 auf 6 M. pro Tag erhöht. Das Gehalt des Berliner Verbandsbeamten wird auf 1900 M. pro Jahr festgesetzt. In seine Thätigkeit soll der Beamte, falls die Berliner Kollegen damit einverstanden sind, am 1. Januar 1902 eintreten. Der erste Vorsitzende Georg Diehl und der Kassierer Jakob Diehl werden einstimmig

wiedergewählt. Der Ausschuß bleibt in Bremen. Als Redacteur wird Reichstags-Abgeordneter Hoch-Janaa a. M. wiedergewählt. Der nächste Verbandstag findet über zwei Jahre in Dortmund statt. Zum Gewerkschaftskongress in Stuttgart wird der Centralvorsitzende Georg Diehl delegiert. Hierauf Schluß des Verbandstages.

Sociales.

Die gewerblichen Konflikte sind im Monat November in England, wie wir schon bei Besprechung des englischen Arbeitsmarktes für diesen Monat kurz feststellten, von sehr geringem Umfang gewesen; ihre Zahl betrug 25 mit 6809 Personen. Es war dies ein weiterer Rückschlag gegenüber dem Monat Oktober, in welchem 26 Konflikte mit 10.501 Personen gemeldet wurden, im November 1900 waren es 48 mit 18.069 Personen. Nur 7 der Konflikte mit 1556 Personen endeten zu Gunsten der Arbeiter, 11 mit 3182 Personen zu Gunsten der Unternehmer und 7 mit 1762 Personen endeten durch Kompromiß.

In den Berichten über die Veränderung der Lohnhöhe tritt die Angst der Zeitverhältnisse für die Arbeiter noch weit mehr zu Tage. Es wurden nämlich im November im ganzen 257.961 Arbeiter von einer Veränderung der Lohnhöhe betroffen und zwar war das Endergebnis eine Herabsetzung des Lohns um 7 1/2 d pro Woche und Kopf. Von der Gesamtzahl erlangten nur 10.500 Personen eine Erhöhung. Der Monat November des Vorjahres hatte für 145.774 Personen eine Erhöhung von 4 1/2 d pro Woche und Kopf gebracht. Die bedeutendste Lohnreduktion des Monats war die, von welcher die 242.500 Kohlenarbeiter von Durham und Südwales betroffen wurden.

Der Achtstundentag ist auch im Staate Columbia für die Arbeiter in Staatswerkstätten zur Einführung gelangt. Von denselben Maßnahmen sind betroffen alle Arbeiter, die an Lieferungen für den Staat durch Privatunternehmer beschäftigt werden. Staatsbeamte oder Unternehmer oder Zwischenunternehmer, deren Pflicht es ist, öffentliche Arbeiten oder Lieferungen für den Staat zu überwachen und zu kontrollieren, werden, falls sie eine längere Arbeitszeit anordnen oder erlauben, mit Strafen bis zu 4000 M. oder Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten bedroht.

Der Wohnungsmangel in Kopenhagen. Auf Grundlage der Volkszählung vom 1. Februar 1901 hat der Chef des statistischen Komptoirs der Stadt Kopenhagen eine Statistik über die Wohnungs- und Mietverhältnisse in der dänischen Hauptstadt herausgegeben. Das umfangreiche Tabellenwerk bietet eine Fülle interessanter Aufschlüsse. — Insgesamt wurden in Kopenhagen 117.984 Mietlokalen gezählt, davon waren 95.777 Wohnungen. Unter diesen befanden sich 43.998 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Im Jahre 1895 gab es 43.868 solcher kleinen Wohnungen, ihre Zahl hat sich also um 470 vermehrt. Diese Verminderung der kleinen Wohnungen kommt in überraschender Weise in der Steigerung der Mietpreise zum Ausdruck, wie folgende Tabelle zeigt:

Table with 2 columns: Room type and percentage increase. For 5-room apartments: 5.5% increase. For 4-room: 8.9%. For 3-room: 10.6%. For 2-room: 21.7%. For 1-room: 16.4%.

Die Steigerung für Wohnungen mit 2 Zimmern ist also nahezu 2mal so groß als solche mit 5 Zimmern und mehr als doppelt so groß als solche mit 3 Zimmern. Die Mietsteigerungen für die kleinen Wohnungen waren in den Vorstädten größer als in der inneren Stadt und betragen dort in einer Straße sogar 60 Proz. Es zeigt also, daß, wenn der Arbeiter vor den hohen Mieten aus dem Centrum in die Außenbezirke zieht, die hohen Mieten ihm folgen.

Des weiteren geht aus der Statistik hervor, daß in Kopenhagen samt den Vorstädten jährlich ca. 75 Millionen Kronen an Mieten gezahlt werden, eine Summe, die, 4 Proz. Zinsen gerechnet, einem Kapital von nahezu 2 Milliarden entsprechen würde. — „Das also“, schreibt „Socialdemokraten“, „ist die Steuer, die Kopenhagens Einwohner Jahr für Jahr an Privatkapitalisten bezahlen müssen, um ein Dach überm Kopf zu haben. Das ist bedeutend mehr als die Bevölkerung des ganzen Landes alle Jahr und Tag an Steuern für die Staatskasse zu zahlen hat. — Man denke sich, wenn diese Werte der Kommune zustehen würden, welche schönen und komfortablen Wohnungen dann für alle gebaut werden könnten! Und wieviel würde dabei noch für soziale Zwecke übrig bleiben — zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Spreitung von Schulfeldern, zur Alters- und Krankenpflege etc. — welche Fortschritte in Bezug auf die allgemeine Wohlfahrt könnten da nicht gemacht werden! Und welche Summen von Sorge und Entbehrung liegt nicht unter diesem Goldhaufen versteckt!“

Durch die weit größere Steigerung der Mieten für kleine Wohnungen wird übrigens auch die Bekämpfung widerlegt, daß es die höheren Arbeitslöhne seien, die die Mietsteigerungen verursachen. Wäre das der Fall, so müßten die Mieten für die großen Wohnungen, die sowohl mit mehr, als auch mit besserer Arbeit hergestellt werden, am meisten steigen.

Aus der Frauenbewegung.

Unter dem Titel „Der Abolitionist“ giebt der Dresdener Zweigverein der internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution eine neue kleine Monatschrift heraus, die von Katharina Scheben redigiert wird. Die erste Nummer bringt einen Artikel der Redacteurin über die Reglementierung der Prostitution und einen Artikel von A. Puppich über die Zwecke der Föderation. Das Blatt kostet jährlich 1,50 M.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Remisbahnen, Kommandantenstr. 20, Vortrag des Schriftstellers Herrn Leo Berg über: „Magin Gorki“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die erste Sitzung im neuen Jahre, die von dem Alterspräsidenten Stadtverordneten Kenmann eröffnet wurde, brachte die Einführung der fünfzig neuen Beziehungsweise wiedergewählten Mitglieder der Versammlung. 13 von diesen 50 gehören der socialdemokratischen Fraktion an, die damit auf 28 gestiegen ist. Oberbürgermeister Kirchner, der die Begrüßungsrede hielt, sprach ungewöhnlich frisch und eindringlich. Das Ganze solle aber den Teufel stechen — nicht das Wohl der Einzelnen, sondern das der Gesamtheit solle das Ziel sein, das jedem Stadtverordneten bei seiner Thätigkeit in der Gemeindeverwaltung vorzuwehen müsse.

Die Mehrheitsfraktionen der Versammlung haben diesen Grundsatze, wie zahlreiche ihrer Beschlüsse beweisen, leider bisher recht wenig befolgt. Sie haben nur zu oft über den Teufel das Ganze vergessen. Eine neue Probe dieser Art lieferten sie sogar gleich nach der Einführungrede bei der Wahl des Präsidiums der Versammlung. Der Vorsteher, Stadtv. Langerhans, wurde wie-alsjährlich durch Acclamation einstimmig und unter Bravo wiedergewählt. Bei der Wahl des Vorsteher-Stellvertreters wurde diesmal die Acclamation, im Hinblick auf den von socialdemokratischer

Selbst zu erwartenden Widerspruch, von keiner Seite mehr beantragt. Die
Stimmabgabe ergab 35 Stimmen für Singer. Für ihn hatten mit
der sozialdemokratischen Fraktion einige Mitglieder der „Neuen
Fraktion der Linken“ gestimmt. Die Mehrheit stimmte für den bis-
herigen Stellvertreter Stadtverordneten Nischele, der somit
wiedergewählt war. Der Anspruch der sozialdemokra-
tischen Fraktion auf einen Sitz im Präsidium
wurde erneuert bei der Wahl der drei Beisitzer und nachher auch
bei derjenigen der drei Beisitzer-Stellvertreter. Genosse Singer
wies darauf hin, daß der Fraktion, entsprechend ihrer zunehmenden Stärke,
ein Sitz gebühre. Die Mehrheit der Versammlung konnte sich indes nicht
zu dem Akt selbstverständlicher Gerechtigkeit aufschwingen, einen
Sozialdemokraten in das Präsidium zu wählen. Unser Genosse
Wormann belam bei der Beisitzerwahl 46, bei der Stellvertreter-
wahl 42 Stimmen, während die Mehrheit für die bisherigen Inhaber
dieser Ämter stimmte. Das Ganze soll über den Teilern stehen, hatte
der Oberbürgermeister gesagt. Die Mehrheitsfraktionen rechnen nur
sich selber zu dem Ganzen und schließen die sozialdemokratische
Minderheit, die die weitaus überwiegende Mehrheit der Berliner
Bevölkerung vertritt, von der Leitung der Verhandlungen der Stadt-
verordneten-Versammlung aus.

Krankenversicherung der selbständigen Hausgewerbetreibenden. Am 1. Januar 1902 ist für Berlin das Ortsstatut in Kraft
getreten, durch das die Krankenversicherungs-Pflicht auch auf die selbst-
ständigen Hausgewerbetreibenden ausgedehnt wird. Ausgenommen
von der Versicherungspflicht sind nur diejenigen Hausgewerbetreibenden,
die zur Gewerbesteuer veranlagt sind, also über 1500 Mark Jahres-
einkommen haben, sowie andererseits diejenigen, deren hausgewerbliche
Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder durch den
Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche be-
schränkt ist. Die der Versicherungspflicht unterworfenen Gewerbe-
treibenden, sofern sie nicht einer den Anforderungen des § 75 des Kranken-
versicherungs-Gesetzes genügenden eingeschriebenen oder auf Grund
landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskasse angehören, sind vom
1. Januar 1902 ab bzw. in Zukunft von dem Tage ihres Eintrittes
in die Beschäftigung Mitglieder derjenigen Orts-, Betriebs- oder
Zunfts-Krankenkasse, die für den Betrieb ihres Arbeitgebers zu-
ständig ist. Hausgewerbetreibenden, die gleichzeitig bei mehreren
Arbeitgebern in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, sind zu
versichern in der für denjenigen Arbeitgeber zuständigen Kasse, bei
dem sie zuerst eine versicherungspflichtige Beschäftigung begonnen
haben. Für An- und Abmeldung sind in allen Fällen verantwort-
lich die unmittelbaren Arbeitgeber. Als solche sind auch
Zwischenpersonen (Zwischenmeister, Ausgeber, Faktoren usw.) an-
zusehen. Die Anmeldung hat bis zum 4. Januar bzw. in Zu-
kunft spätestens am dritten Tage nach dem Eintritt der Beschäftigung
zu erfolgen. Die Beiträge sollen zu zwei Dritteln auf
die Versicherten, zu einem Drittel auf die Arbeitgeber. Als Arbeit-
geber gilt in dieser Hinsicht der eigentliche Unternehmer,
sobald der unmittelbare Arbeitgeber als Hausgewerbetreibender
felder der Versicherungspflicht unterliegt oder als Zwischenperson
gewerbesteuerfrei ist. Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht
auf die selbständigen Hausgewerbetreibenden bedeutet für die
meisten von ihnen einen erheblichen Gewinn. Ein großer Teil der
Hausgewerbetreibenden war in Krankheitsfällen bisher auf die Hilfe
der Armenpflege angewiesen.

**Der Betrag des ordentlichen Tagelohnes gewöhnlicher
Tage-Arbeiter** ist vom Oberpräsidenten, abweichend von den bis-
herigen Sätzen, für den Stadtkreis Berlin, nach Anhörung des Prae-
sidiums auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes wie
folgt festgesetzt worden:

1. für erwachsene männliche Personen auf . . . 2,00 M.
2. für erwachsene weibliche Personen auf . . . 1,00 "
3. für jugendliche männliche Personen auf . . . 1,40 "
4. für jugendliche weibliche Personen auf . . . 1,10 "

Diese Sätze sind am 1. Januar 1902 an Stelle der durch
die Bekanntmachung des Oberpräsidenten vom 10. August 1892 ver-
öffentlichten Sätze getreten. Sie bilden von diesem Zeitpunkte
ab den Maßstab, nach welchem bei der Gemeinde-Krankenversicherung
das Krankengeld und die Versicherungs-Beiträge
und bei den eingeschriebenen und sonstigen Hilfskassen ohne Beitritts-
zwang (§ 75 des Krankenversicherungsgesetzes), wenn deren Mit-
glieder von der Gemeinde-Krankenversicherung und von der Ver-
sicherung, einer nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes er-
richteten Krankenkasse (mit Ausnahme der Anapflichtkassen) beizu-
treten, befreit sein sollen, das Krankengeld den im Stadtkreise
Berlin beschäftigten Personen zu gewähren ist.

Der Auktions-Ladenverkauf in der Berliner Lederbranche
trat gestern zum erstenmal in Kraft. Laut Verfügung des Polizei-
präsidenten, welche auf der unter den Berliner Lederhändlern ver-
ankertem Abstimmung beruht, müssen von jetzt ab alle offenen
Verkaufsstellen der Lederbranche (Lederhandlungen, Lederwarengeschäfte,
Schäfflerhandlungen und Lederfabrik-Niederlagen) von
8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr ge-
schlossen sein.

Silvesterfreuden. Nach der Meldung eines Berichterstatters
sind in der Nacht zum Mittwoch 238 Personen verhaftet worden,
30 mehr als vor einem Jahr. Fast die Hälfte aller Festzungen er-
folgte in der Friedrichstraße. Die wegen groben Unfugs Fest-
genommenen erhalten kein Strafmandat, sondern werden dem Gericht
zur Aburteilung überwiesen werden.

Es kam, wie berichtet wird, in der Silvesternacht zu zahlreichen
blutigen Ausritten und die Sanitätswachen wurden von vielen, bei
Schlägereien verwundeten Personen in Anspruch genommen. Von
der blauen Waffe machten Schaulustige Gebrauch bei einer
Ausbreitung, die am 1. Januar, früh 5 Uhr, an der Ecke der
Gollnow- und Weinstraße stattfand. Hier war unter
einer Gesellschaft von etwa 20 Personen eine Prügelei entstanden,
bei welcher das Messer eine Hauptrolle spielte. Ein hinzukommender
Schwamm wurde bedrängt, und dieser, sowie durch das Rottsignal
herbeigerufene weitere drei Beamte mußten mit der blauen
Waffe gegen die Aufständigen vorgehen. Jedoch erst, nachdem noch
zwei Radwächter hinzu gekommen waren, gelang es, die Gesellschaft
auseinander zu treiben. Doch konnten nur drei der Leute verhaftet
werden, die übrigen retteten sich durch die Flucht. Wohl die sämt-
lichen, an der Prügelei beteiligten Personen trugen Verletzungen
davon.

Zur Friedrichstraße fanden mehrere Schlägereien statt,
die jedoch durch die zahlreich, dort anwesenden Sanitätswachen
unterdrückt wurden und zur Sistierung von neuen Personen führten.
Bei einer Prügelei in einer Gastwirtschaft in der Friedrichstraße
wurde eine Schankenscheibe zertrümmert und einer der Beteiligten
durch Glasplitzer verletzt. Dreimal in der Nacht fielen wiederum
ein Maler und ein Kaufmann, die fortgesetzt Anschreitungen auf der
Straße verübten. Bei einer dieser Prügeleien an der Ecke der
Linden- und Markgrafstraße wurde ein Barbiergehilfe, der von
den beiden überfallen war, erheblich verletzt. Der Barbier durch-
biß aber dem Maler, der ihn würgen wollte, den
Zeigefinger der rechten Hand. Beide erhielten auf der Sanitäts-
wache in der Kronenstraße Hilfe. Gegen 3 1/2 Uhr früh fand am
Schiffbauerdamm eine Prügelei zwischen vier Männern statt,
bei welcher drei gemeinsam auf einen Gegner eintraben. Da Sanitätswachen
nicht zur Stelle waren, mischten sich Passanten in die Affäre
und machten den dreien in handgreiflicher Weise ihren Standpunkt
klar. Ein junger Arbeiter, der in der Friedrichstraße Passanten be-
lästigte und einem hinzukommenden Polizeibeamten heftigen Wider-
stand entgegensetzte, mußte gestreift nach der Polizeiwache in der
Kronenstraße gebracht werden.

Der Neujahrs-Briefverkehr wickelte sich auch diesmal unter
beträchtlichen Schwierigkeiten ab. Es kam vor, daß Stadtbriefe, die
am Dienstagmorgen auf die Post gegeben waren, erst am Mittwoch-
morgen am Orte ihrer Bestimmung ankamen. Etwas flatter schien
sich der Verkehr von auswärts zu gestalten. Die Briefträger hatten
selbstverständlich ein überaus schweres Tagewerk; und ihre Schuld
ist es wähllich nicht, wenn an den Tagen, wo die Post ihre Leistungs-
fähigkeit zeigen konnte, manches im Argen lag.

Durch eine furchtbare Familien-Tragödie wurde die Silvester-
freude der Einwohner der Oranienstraße gestört. Wenige Minuten
vor 12 Uhr nachts tötete der in der Oranienstr. 201 wohnende Uhr-
macher Alois Pleh seine Frau und seine zwei jüngsten Kinder. Der
am 20. April 1867 zu Moraschein (Böhmen) geborene Pleh
bewohnte mit seiner Frau Kathilde, die am 17. Februar 1864
in Berlin geboren ist, und seinen drei Kindern Erwin
(geb. 26. 5. 92.), Alois (geb. 29. 7. 93) und Richard (geb. 29. 7. 95)
im Seitenflügel des genannten Grundstücks eine Stube und Küche.
Da der Uhrmacher als Mechaniker in den Siemens u. Halscheschen
Elektrizitätswerken angestellt war, hatte er, wie mitgeteilt wird,
festen Verdienst. Dagegen war P. lungenleidend; er mußte deshalb
erst kürzlich mehrere Wochen in einer Heilanstalt zubringen und
glaubte, daß Frau und Kinder ebenfalls von der Lungenschwindsucht
behaftet seien. Auch sollen sich häusliche Zwistigkeiten eingestellt haben.
Am Dienstagnachmittag traf Pleh die Flurnachbarin, Frau Meyer, auf
der Treppe und äußerte sich dieser gegenüber, daß er das neue Jahr
nicht mehr erleben werde, da er in der Nacht Selbstmord verüben
wolle. Frau M. suchte dem Mann seine trüben Gedanken aus-
zureden, was ihr auch dem Anschein nach gelungen war. In der
Silvesternacht, wenige Minuten vor 12 Uhr, wurden die Bewohner
des Grundstücks aber durch mehrere kurz hintereinander folgende
Schüsse erschreckt. Die verschlossene Korridorhürde wurde, da man
Erwin Pleh um Hilfe rufen und die Worte ausstoßen
hörte: „Mutter, ach meine arme Mutter!“ gewaltsam erbrochen.
Den Eindringenden bot sich ein schrecklicher Anblick. In einem
Bette lag Frau Pleh mit den beiden jüngeren Anaben, alle drei
tot, aus Schußwunden in den rechten Schläfen blutend. Auf
dem Fußboden, neben dem Bett, lag Pleh selber in einer Blutlache;
er hatte sich ebenfalls durch einen Revolvererschuß in die Schläfe ge-
tötet. Der älteste Anabe Erwin wurde in dem Bette des Vaters,
in dem er sich verdeckt hatte, aufgefunden. Der Kleine hatte eine
Schußwunde im Gesicht erhalten. Nach seinen Angaben hatte der
Vater die Mutter und die Geschwister im Schlafe überfallen
und getötet. Die Verlegung Erwins erwiebs sich nach dem
Ausspruch des hinzugerufenen Arztes Dr. Rode, welcher ihm
einen Notverband anlegte, als ungefährlich. Der Anabe wurde nach
dem Krankenhaus am Urban gebracht, aus welchem er in mehreren
Tagen bereits entlassen werden dürfte. Die vier Leichen wurden ins
Schanhaus befördert.

Nach einer andern Mitteilung soll Pleh nicht lungenleidend,
sondern geschlechtskrank gewesen sein und Weib und Kinder angepöckelt
haben. Aus diesem Grunde habe er im Einverständnis mit seiner
Frau die furchtbare That begangen.

Eine internationale Hochstaplerin, die seit 2 Jahren unter
verschiedenen Namen in Schöneberg wohnte, ist dort festgenommen
worden. Vor ungefähr einem Jahrzehnt trat in Berlin, Potsdam,
Galle, Leipzig und andern Städten eine junge Sängerin unter dem
Namen Bellani Stella auf. In diese verliebte sich in Leipzig ein
Millionärssohn Dimpfel, ging mit ihr nach Helgoland durch und
ließ sich dort mit ihr trauen. Der junge Herrmann erhielt von
seinem Vater einen Zuschuß, der ihn in den Stand setzte, gut zu
leben. Da er es aber gar zu flott trieb, so wurde er nach Amerika
abgeschoben. Für die ehemalige Sängerin, die nun an die guten
Tage einmal gewöhnt war, brach plötzlich eine harte Zeit an, da sie
so gut wie mittellos diesseits des Wassers zurückblieb. Sie mußte
sich jedoch bald durch aherhohn Schwindeleien zu helfen. In Wien
machte sie dann die Bekanntschaft eines Herrn v. Wilow, der in
Wechseltreibern schon gut bewandert war und dieses Geschäft mit
Hilfe seiner Geliebten erfolgreich fortsetzte, bis beide nach der Schweiz
zu flüchten gezwungen waren. Hier ließen sie sich am Bodensee
nieder, setzten die Schwindeleien fort, bis ihnen abermals der
Voden unter den Füßen zu heiz wurde. Das Pärchen ging
jetzt nach Frankfurt a. M. Dort wurde v. Wilow erwischt und zu einer
längeren Freiheitsstrafe verurteilt, während die Geliebte nach Dresden
entkam und von dort nach London übersiedelte, um weiter zu
schwindeln. Nach Verbüßung seiner Strafe folgte v. Wilow ihren
Spuren, fand sich auch in London, hatte aber keine Freunde vom
Wiedersehen. Ohne Mittel war er der Verwöhnten dann nichts
wert. Diese ließ ihn vielmehr sitzen und machte sich auf, einen
neuen leistungsfähigen Verehrer zu suchen. In Schöneberg, wohin
sie vor zwei Wochen kam und als Alma Dimpfel ge-
konnt, fand sie auch, was sie suchte, in der Person
eines Rentiers Müller, dessen Finanzen aber auch nicht
allzu lange ausreichten. Nachdem die Hochstaplerin ihren neuesten
Verehrer gehörig ausgeplündert hatte, wußte sie ihn auch zu be-
wegern, ihren Hochstaplerischen Vorhaben zu leisten. Dazu gehörte
wieder die Wechseltreibern, der Verlauf von auf Kredit gelassenen
Waren etc. Ein über acht Jahre alter Stadtbrief aus der Schweiz
aber wurde dem Pärchen schließlich verhängnisvoll. Kriminalkom-
missar Ruds erkannte die „Gräfin Bellani“, entlarvete sie und brachte
sie am Montag misfam ihrem Geliebten nach Moabit in Unter-
suchungshaft.

Die Festnahme eines Schwindlers, der seit längerer Zeit
gejagt wurde, ist der Polizei jetzt gelungen. Sie fahndete lange auf
den wegen Diebstahls und Betruges wiederholt bestrafte Buchbinder
Albrecht aus Weidenau, der unter der Noke eines Studenten
hier Wohnungen mietete und seine Wirksamkeit nicht nur um die
Miete, sondern auch um bare Darlehen presste. In letzter Zeit hatte
er sein Operationsfeld nach Moabit verlegt. Meistens gab er sich als
Sohn eines Landrats oder eines Rittergutsbesizers aus Stettin aus. In
zahlreichen Fällen ist es ihm gelungen, alleinlebende Witwen zu be-
schwindeln. Noch am Weihnachtshelligabend legte er eine vertrauens-
selige Witwe hinein. Er stellte sich als reicher Student vor, der von
einer Reise komme, unterwegs mit Kommissionen in eine Aneipelei
geraten und 40 M. schuldig geblieben sei. Die Witwe gab dem
„Studenten“ nicht nur diese Summe, sondern ließ ihm am nächsten
Morgen noch 80 M., um ihm aus seinen Nöten zu helfen. Dem
Samer erreichte schließlich sein Geschick, als er in der Goytowskystraße
an einen resoluten Beamten geriet. Diesem fiel auf, daß der flotte
Herr nicht nur die Miete nicht voranzubehalte, sondern auch die
polizeiliche Anmeldung unter allerhand Vorwänden hinauszuschieben
suchte. Der Wirt verständigte die Polizei, die den angeblichen
Druber Studio nach einem erfolglosen Suchtveruche hinter Schloß
und Riegel brachte.

Eine Hutnadel als Waffe. Eine ansehnliche Szene hat sich
gestern nachmittag in einem Hotel der Friedrichstraße abgepielt.
Gegen 3 Uhr kam ein elegant gekleidetes, junges Paar, das sich
als Architekt Gustav v. J. und Frau meldete, dorthin und ließ sich ein
Zimmer geben. Kurze Zeit, nachdem das Paar das angewiesene
Zimmer bezogen hatte, hörte man einen sehr lauten Lärm. Plötzlich
stürzte die junge Dame in erschrockenster Aufregung aus dem
Zimmer dem Ausgange auf die Straße zu, während Herr v. J. mit
blutendem Gesichte ihr folgte und sie von den Hotelbedienten fest-
nehmen ließ. Die Dame, die sich nun als Fräulein Martha G.,
die Tochter eines Schuldirektors W., legitimierte, gab an, sie sei von
Herrn v. J., den sie Weihnachten zufällig kennen gelernt habe, unter
einem Vorwande in dieses Hotel gelockt worden und habe zur Ver-
teidigung ihrer bedrohten Ehre ihre Hutnadel als Waffe gebraucht.
Herrn v. J., der besonders an einem Auge eine nicht unbedenkliche

Verletzung erlitten hat, wurde von der Unfallstation die erste Hilfe
geleistet.

Streifenbahn-Unfall. In der Prenzlauerstraße entgleiste ein
Anhängewagen der Streifenbahnlinie Rosendorferplatz—Prenzlauer
Allee und wurde von einem entgegenkommenden Streifenbahnwagen
sofort völlig zertrümmert, während von diesem der Vorderbaum ab-
gerissen wurde. Bei dem Zusammenstoß wurden die in dem Anhängewagen
sitzenden Fahrlehrer Karl Zimmow und Postkassierer
Friedrich Hegermann schwer verletzt.

Durch eine Benzin-Explosion entstand am Donnerstag-
nachmittag um 4 Uhr in der Droguenhandlung von E. Müller
Kochfolger, Alexanderstr. 38a, Feuer, wobei der Inhaber Brand-
wunden an den Händen erlitt und Droguen verbrannte. Die
Flammen konnten bald von der 1. Compagnie gelöscht werden.

Ein großer Brand beschäftigte dann die 1. und 2. Compagnie
in der Großen Frankfurterstr. 60, wo in dem Porzellanlager von
J. L. Lindenbergs u. Comp. Feuer ausgebrochen war, das an
der Strohpäckung und andrem leicht brennbarem Material
reiche Nahrung gefunden hatte. Als die Feuerwehre mit
mehreren Jagen erschien, war das Lager in den oberen Stock-
werken schon vollständig verqualmt. Um an den Brandherd zu ge-
langen, mußten die Saubere über eine große mechanische Leiter
und einem an der Rückseite des Hauses errichteten Gabelleitgang
vorgehen. Gegen 7 Uhr war die Gefahr beseitigt. Der Schaden ist
sehr erheblich; indes durch Versicherung voll gedeckt.

Feuerbericht. Donnerstag früh gegen 8 Uhr wurde die Wehr
nach der Bringen-Allee 71 gerufen, wo in einer Küche der Fußboden
und die Kastenlage brannte. Kurz darauf mußte Königgräzerstr. 88a
im linken Seitenflügel ein Brand im Erdgeschloß abgelöst werden.
In der Nacht zum Donnerstag waren Prenzlauer Allee 32 und
Waldstr. 11 Wohnungsbrände zu beseitigen, die durch brennende
Weihnachtsbäume verursacht waren. Mittwochnachmittag 5 1/4 Uhr
brannten Alt-Roadit 145 Gardinen in einer Küche. Aus gleichem
Anlass erfolgte abends 7 Uhr ein Ausbruch nach Große
Frankfurterstr. 94. Festungstr. 41 gingen Karstons in einer Küche
in Flammen auf, während Friedrichstr. 106c der Fuß-
boden, Risten usw. in einem Parfümeriegeschäft brannten.
Gerichtsküche, Ecke Kolbergerstraße, war ein Pferd unter
der elektrischen Straßenbahn, zu dessen Befreiung die Feuerwehre
alarmiert wurde. Mathäikirchstr. 15 und Arkonaplag 15 mußten
Wohnungsbrände abgelöst werden, die hauptsächlich Möbel, Gar-
dinen, Teppiche und Wäsche einschloßen. Ein Alarm nach Halle-
straße 28 betraf einen Kellerbrand, der noch im Keime erstickt
werden konnte. Brennende Weihnachtsbäume verursachten Ausbrüche
der Wehr nach Frankfurter Allee 92, Seydelstr. 22 und Bälowsstr. 7.
Außerdem waren noch Alarmierungen von Prinzenstr. 51, Friedrichs-
straße 224 und Adersdorferstr. 16 zu verzeichnen, die aber durchweg
auf geringfügige Ausfälle zurückzuführen waren.

Im Gürsaal der Urania in der Taubensstraße werden in den
Monaten Januar bis März d. J. nachstehende Vortragserien abgehalten
werden: Dr. Donath, 10 Vorträge über „Elektrische Kraft und
Beleuchtungsanlagen“ (Dienstagabends 6 Uhr abends, Beginn 7. Januar).
— Dr. Kahl, 8 Vorträge über „Chemie der Industrie und Gewerbe“
(Mittwochabends 8 Uhr, Beginn 8. Januar). — Professor Müller, 4 Vor-
träge über Biologie: „Das Leben und die wichtigsten Lebenserscheinungen“
(Montagabends 8 Uhr, Beginn 13. Januar). — Dr. Schwan, 6 Vorträge
über „Einführung in die Geologie“ (Dienstagabends 8 Uhr, Beginn
7. Januar). — Im Gürsaal der Urania-Sternwarte in der Anwaltsstraße
wird Dr. Grass einen Kursus von 4 Vorträgen über „Astronomie“ (Freitag-
abends 8 Uhr, Beginn 10. Januar) halten. Ausführliche Prospekte über
diese Vortragserien werden an der Kasse der Urania ausgegeben oder auf
Wunsch kostenlos zugestellt.

Aus den Nachbarorten.

Eine Bildungsschule haben die Spandauer Arbeiter, wie
und geschrieben wird, ins Leben gerufen. Es sind zunächst zwei
Lehrfächer, Nationalökonomie und Geschichte, eingerichtet. Letzteres
Lehrfach hat Herr Dr. Steiner übernommen, wegen des andern
Faches sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Am Sonntag, den 12. Januar 1902, nachmittags 4 Uhr,
findet zu Spandau, Pichelsdorferstr. 39, eine öffentliche Versammlung
statt, in der die Genossin Frau Dr. Luzemburg über das Thema
„Die Wissenschaft und die Arbeiter“ referieren wird. Es wird ge-
beten, schon jetzt recht eifrig für einen starken Besuch der Ver-
sammlung zu agitieren. Mitglieder der Schule werden in der Ver-
sammlung aufgerufen. Mit den Vorlesungen wird einige Tage
darauf begonnen werden.

Schöneberg. Als neue Mitglieder treten in das Stadt-
parlament ein: In der I. Abteilung die Stadtverordneten Heutner
Bellmann, Architekt Göttemann, Kaufmann Claus, Kaufmann
Deyner und die Rentiers Otto und Karl Kaufmann. In
der II. Abteilung: Stadtbaurat a. D. Johannsen, Architekt Jaster,
Wuchshändler Dr. Müller-Grote, Dekorateur Guttsche, Architekt Gantow,
Justizrat Weinbaker und Oberlieut. a. D. Gemler. In der III. Ab-
teilung: Oberpostassistent Schneider, Redakteur Dr. Laurenbrecher,
Waldhauer Götthelmer und unsere Parteigenossen Logothaler Kätzer,
Speibauer Bäumer, Tischlermeister Hoffmann und Maurer
Däumig. Die Zahl der Stadtverordneten ist, wie bekannt sein
dürfte, mit dem 1. Januar 1902 auf 60 erhöht worden. Zu erledigen
ist noch eine Nachwahl (im 4. Bezirk an Stelle des durch Verzug
ausgehenden Stadtverordneten Fr. Richter (Mietler) und eine Neu-
wahl im 9. Bezirk an Stelle der für unzulässig erklärten Mandate
des Genossen Obst und des Stadtv. Dr. Richter). Die Festsetzung
der Wahltermins dürfte jedenfalls in nächster Zeit erfolgen.

Johannisthal. Mit der Höherlegung und dem Ausbau der
Görlitzer Bahn wird aller Voraussicht nach in nächster Zeit
begonnen werden. Umfangreiche Abholungen längs der Bahn,
etwa 250 Morgen im Walde bei Johannisthal, sind bereits in An-
griff genommen. Die Strecke selbst wird viereckig gebaut und bis
Nieder-Schöneberg-Johannisthal hochgelegt. Von hier ab senkt
sich die Bahn wieder und wird von Adlershof ab
zu ebner Erde weiter geführt. Hier wird auch der neue
Kantiger Bahnhof angelegt. Der Bahnhof für Nieder-
schöneberg-Johannisthal bleibt auf derselben Stelle, wo er sich jetzt
befindet, nur wird auf der Johannisthaler Seite ein direkter Auf-
gang zum Perron angelegt. Die Unterführung der Bahn erfolgt
unten der jetzigen Rampe und zwar in einer Breite von 19 Meter.
Ursprünglich war die Unterführung nur in einer Breite von
15 Meter vorgesehen; auf den Einspruch der Gemeinden Schöne-
weide und Johannisthal wurde dann eine Breite von 19 Meter
angenommen. Durch die Höherlegung der Bahn wird auch der
Uebergang bei Bude 5, zwischen Johannisthal und Adlershof,
lauffert. Dierdurch wird die Gemeinde Johannisthal ganz bedeutend
geschädigt, da dieser Uebergang die direkte Verbindung mit Köpenick
herstellt. Dieser Uebergang und die Straße durch den Forst
sind durch die lange Zeit ihres Bestehens gewissermaßen zu
einer historischen Straße geworden, deshalb verlangt die
Gemeinde Johannisthal an dieser Stelle eine Unter-
führung oder, falls der Eisenbahnstatus nicht darauf eingeht,
eine Entschädigung von 100 000 M., einen Perlenübergang und die
Anlage einer Straße längs der Bahn bis Adlershof. Der Eisen-
bahnstatus hatte sich bereits zu einer Unterführung wegen der hohen
Kosten im Betrage von etwa 2 Millionen Mark ablehnend verhalten;
die Gemeinde Johannisthal wird aber, vorfristig geworden durch die
Erfahrungen mit dem Eisenbahnstatus bei Anlage der jetzt noch be-
stehenden Rampe, ihre Interessen wohl energischer vertreten wie
damals.

Geriichts-Beitrag.

**Die Praktiken des „Van- und Wechselgeschäfts
M. Vries u. Co.“** beschäftigten gestern die 9. Strafkammer des
Landgerichts I. Hinter jener Firma verbirgt sich der wegen Serienlos-
Schwindeleien schon mehrfach, darunter mit 2 Jahren 7 Monaten

Gefängnis vorbestrafter ehemalige Webergeselle Joseph Scholl. Mit diesem teilten die Anklagebank seine Stiefsohn Margarete Prieg und der Expedient Wag Egert. Die beiden An-
geklagten sind beschuldigt, außerpreussische Lotterielose, ferner ohne
staatliche Genehmigung getuscheltmäßig Losabschnitte und Anteil-
scheine der 205. preussischen Klassenlotterie vertrieben und in zahl-
reichen Fällen Betrügerien dadurch verübt zu haben, daß sie Ge-
winne, die auf Lose entfielen, für sich behielten und Leute, die
mit der Firma in Geschäftsverbindung traten, zu täuschen suchten,
indem sie für Losanteile, die zu verschaffen sie gar nicht in der Lage
waren, Geldbeträge sich einhandeln ließen. Der Angeklagte Egert ist
der Weiblich bestraft. — Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Land-
gerichtsrat Levinsohn, die Anklage vertritt Staatsanwalt Artelt,
die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Löwenstein. — Scholl,
der, wie erwähnt, schon mehrere Vorstrafen wegen Betruges hat, be-
trieb früher mit einem Herrn Paul eine „Deutsche Hypothek- und
Wechselbank“. Im Jahre 1898 legte er sich mit Paul auseinander
und hatte alsdann längeren unfruchtlichen Aufenthalt in Wlodynska
zu nehmen. Inzwischen fand die Liquidation des Geschäftes statt.
Im März 1900 begründete die Angeklagte Prieg, die schon längere
Zeit in dem Geschäft ihres Stiefvaters tätig gewesen war, mit
Scholl zusammen in Weissenhof ein neues Geschäft unter der Firma
M. Prieg u. Co. Sie wußte 10 000 M. in das Geschäft eingebracht
haben, dieselbe Summe hat angeblich Scholl eingeschossen. Der
Geschäftszweck war der Vertrieb von Serienlosen und die Bildung
von „Serienlos-Gesellschaften“. Bald legte sich die Firma
auch auf das Lotteriegewerbe, begründete eine Filiale in
Fürstberg i. M. und übernahm von dort aus ganz Deutsch-
land und Ostpreußen mit Anteilnehmern zu allen möglichen Lotterien.
Das Geschäft wurde später nach Berlin verlegt und in einem Hause
der Steglitzerstraße ein Geschäftszimmer höchst komfortabel eingerichtet.
Welchen Umfang das Geschäft mit der Zeit annahm, beweist die
Tatsache, daß im Berliner Comptoir 12, in Fürstberg 5 Angestellte
tätig waren. In großen Reklamen und Prospekten, die sehr geschickt
abgefaßt waren, wurden Kunden herangezogen. Durch den An-
geklagten Egert, Vertreter der Hamburger „Annoncen-Expedition
Cisler“, wurden in den verschiedensten Zeitungen folgende Annoncen
veröffentlicht: „Preussische Lotterielose zur ersten Klasse im 1/4, 1/2
und 3/4 Abschnitten sind noch zu haben, auch nach außerhalb, durch
eine Lotterie-Einnahme, Austräge unter Lotterie-Einnahme an
Heinrich Fischer.“ Daraus traten eine große Anzahl von Personen mit der
Firma M. Prieg u. Co. durch Vermittlung des Angekl. Egert zum Bezug
von Losen in Verbindung. Sie glaubten, es mit einem staatlichen
Lotterieloseverkäufer zu thun zu haben. Sie erhielten statt des erwarteten
Originalloses einen Anteilchein, der in Papier und Druck einem
Originallose sehr ähnlich sah. Durch Bildung eines „Privatlosvereins“
suchte ferner die Firma die von ihr hergestellten Anteilcheine abzugeben.
Die Abnehmer einzelner Anteile mußten für 1/2 Anteil 5,40 M., also
0,60 M. über den Originalpreis zahlen. In einer sehr großen An-
zahl von Fällen sollen nun die beiden ersten Angeklagten Gewinne,
die auf die Nummer gefallen waren, nicht ausbezahlt haben. Die
Anklage führt mehr als 20 derartige Fälle auf, in denen es sich um
Anteile an Gewinnen von 10 000 M., 3000 M., 600 M. u. d. h. handelte.
Die Firma machte in solchen Fällen fast immer Anzeige von den
Gewinnen, dachte aber nicht an die Abführung der Gewinne. Mehr-
fach wurde der Anzeige eine Abrechnung beigelegt, in welcher von
dem Gewinne gleich der Betrag aller Klassen der nächstfolgenden
Lotterie und ferner der Betrag für beigelegte unbestellte Lose aus-
wärtiger Lotterien in Abzug gebracht wurde. Dem begann das
Eingehen der endgültigen Abrechnung unter allerlei Vorwänden
und wenn den Kunden schließlich die Geduld rief, wurde Herr Scholl
noch grob. So schrieb er einem solchen Kunden, der ihm etwas
deutlich seine Meinung gelagert hatte: „Ich teile Ihnen hierdurch mit,
daß ich gegen Sie den Strafantrag gestellt habe. Vielleicht lernen
Sie mit der Zeit ein höflicheres Betragen einer Bankfirma gegen-
über.“ In anderen Fällen erhielten die Kunden der Firma nach
Beendigung der ersten Klasse der Lotterie einen Rechnungs-Brief,
den sie bezahlten, da sie glaubten, daß darin das Los der
nächsten Klasse läge. Statt dessen fanden sie nur eine Aufforderung
des Angeklagten vor, wonach das Los demnächst besorgt werden
würde. Erst nach langen Korrespondenzen erhielten sie mehrfach die
Nachricht, daß es der Firma nicht gelungen sei, das Los zu besorgen,
ihre Geld erhielten sie aber zum Teil nicht wieder. — Aus der ganzen
Art der Reklame, aus den verschiedensten Prospekten, die viel Geld
kosteten, aus der Gleichgültigkeit der Fälle, aus der wiederholten
Uebertreibung nicht bestellter Lose in willkürlich gewählter Höhe
ohne Rücksicht auf die wieder und immer wieder einlaufenden
Proteste der Losabnehmer folgert die Anklagebehörde, daß
es den beiden ersten Angeklagten von vornherein nur
daran zu thun war, die Beträge für die Loseanteile
mit erheblichem Aufschlage zu erhalten und die auf die
Lose entfallenden Gewinne für sich einzuziehen und, anstatt sie sofort
nach der Einziehung an die Teilnehmer anzuzahlen, sie ganz oder
teilweise für sich zu verwenden. Die Angeklagten bekannten sich nur
des Lotterievergehens in Gestalt des Vertriebes von Losen aus-
wärtiger Lotterien für schuldig, bestritten aber im übrigen, sich des
Betruges schuldig gemacht zu haben. Scholl hatte versucht, die
Schuld auf einen Buchhalter abzuwälzen, das gegen diesen ein-
geleitete Verfahren ist aber ergebnislos gewesen und hat eingestellt
werden müssen. Egert bestritt überhaupt jede Schuld und will von
den Geschäftspraktiken der Firma M. Prieg u. Co. nichts gewußt
haben. — Da eine sehr umfangreiche Beweisaufnahme notwendig
ist, sind drei Tage für die Verhandlung angesetzt. Ihr Ergebnis
werden wir unsre Lesern mitteilen.

Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Raubmörders
Matthias Reischl, der am 19. November von dem Schwurgericht
in Augsburg zum Tode verurteilt worden ist. Ebenso wurde die
Revision des ehemaligen Kaffeehändlers des Kreditvereins in Ansbach,
Albrecht Schweppe l., verworfen, der vom Landgericht in Ansbach
am 19. August wegen Untreue und Betruges zu drei Jahren Ge-
fängnis verurteilt worden ist.

Für die aufrichtige Teilnahme und
die vielen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines ungeliebten
Mannes und Vaters, des Bauarbeiters
Franz Legmann
sagen mir hiermit allen Freunden und
Bekanntem meinen herzlichsten Dank,
insbesondere dem Vorstand der Bau-,
Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands, Vorsitzende III Berlin,
und dem Vorstand. 28856
Die Hinterbliebenen.

**Orts-Krankenkasse der Sattler
und verwandter Gewerbe.**
Montag, den 30. Dezember 1901,
berief das Mitglied
Wilhelm Heyl.
(Wahlstelle von A. Luzzinsky.)
Die Beerdigung findet Freitag, den
3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Charitähospitals,
in der Müllerstraße, am Ort.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der
Revisoren. 2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.
Der Vorstand.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge heilt in 3 Tagen. (Gehalt Salicylsäure u. Indigen
ausgeführt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Sendepost in Berlin (20 Pf.); Salomon-Apothek, Charlottenstraße.
Greif-Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek.
— Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 3139L

Veranstaltungen.

**Verbandsrat der Konsumvereine der Provinz Branden-
burg und der angrenzenden Provinzen.** Am 3. Weihnach-
tstag traten, wie alljährlich, in Berlin die Delegierten der
brandenburgischen Konsumvereine zusammen, um ihre gemeinschaft-
lichen Angelegenheiten zu beraten. Dem Verband gehören gegen-
wärtig 32 Genossenschaften an, von denen jedoch nur 19 vertreten
waren. Die Ausgaben des Verbandes im Jahre 1901 betragen
918 M., die Einnahmen 1048 M.; das Verbandsvermögen ist somit
um 128 M. gestiegen, es beläuft sich gegenwärtig auf 1078 M.
An Stelle des verstorbenen Revisors Oberlechner a. D. Dietrich
wurde der langjährige Geschäftsführer des Konsumvereins „Vor-
wärts“ in Brandenburg a. H., Ruedel, gewählt.

Eine lebhaft, speziell die Berliner Verhältnisse betreffende Dis-
kussion erhob sich bei dem Punkt der Tagesordnung: Die Konkurrenz
unter den Konsumvereinen. Der Verbandsdirektor tabelte
in seinem Referat, daß einzelne Mitglieder jüngerer Genossenschaften
die rein wirtschaftliche Grundlage eines Konsumvereins nicht immer
genügend beachten und sich zu einer Konkurrenz wegen der
politischen Meinung der Mitglieder hinreichend lassen, ein Ver-
fahren, das in jeder Beziehung töricht und zwecklos ist. Weiter
verurteilte er ganz energisch das Vorgehen des Vereins Berlin-Nord,
der im Norden Berlins eine Verkaufsstelle eröffnet hat, obwohl
im Norden bereits drei Konsumvereine existieren, die Berlin-Nord,
Berliner Konsumverein. Die beiden letzteren und Nordost haben
sich in ein und derselben Straße (Ebdensstraße) je eine Verkauf-
stelle, also drei gegen einander konkurrierende Vereine in einer
Straße.

In der Diskussion betonte Fräulein Ime-Charlottenburg,
daß es niemals unsere Absicht sein könne, Mitglieder aus
dem Verbandsrat zu entfernen, sondern nur die Mitglieder der
Vereine zu gewinnen, deren Leitung zufällig in den Händen von
Parteiengenossen sich befindet. Gerade die Betonung des politischen
Momentes ist an der Agitation des Berliner Konsumvereins zu
tadeln. Dem die Neutralität der Genossenschaften keine Frucht des
gesellschaftlichen Zwanges, sondern ein selbstverständliches Ergebnis des
Lebens der Genossenschaften ist, der muß sich von der verwerflichen
Art der Konkurrenz geradezu angeleitet fühlen. Rednerin empfahl
dann die Verschmelzung sämtlicher Konsumvereine Berlins und Um-
gebung zu einer einzigen großen Genossenschaft.

Der Anwalt des allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und
Wirtschaftsgenossenschaften, Dr. Erüger, bezeichnete das Verhalten
der Nordost, die bei noch nicht 3000 Mitgliedern in kurzer Zeit
14 Verkaufsstellen errichtet haben, geradezu als Unfug, und zwar ist
es nicht nur grob, sondern direkt gefährlicher Unfug. Die
Nordost haben großen Kredit von der Großenkauf-Gesellschaft
deutscher Konsumvereine in Hamburg erhalten; für die Unter-
stützung, die sie dem ungeliebten Vorgehen der Nordost dadurch
gewährt hat, verdient diese Gesellschaft den stärksten Tadel.

Der Vertreter von Nordost stellte in Abrede, daß sein
Verein so hohen Kredit bei der Großenkauf-Gesellschaft
hat; sie machen ihre Rechnung bei der Gesellschaft jeden
Monat glatt.

Aus dem Geschäftsbericht des Vereins wurde sofort festgestellt,
daß ein Warenbestand von 71 000 M. Warenschulden im Betrage
von 78 000 M. gegenübersteht. Allgemein gab man der Meinung Aus-
druck, daß diese Verschuldung um so schlimmer wäre, wenn die Gläubiger
Privatlieferanten wären. Hauptsächlich es sich dagegen um eine Verschuldung
bei der Großenkauf-Gesellschaft, und das ist vermutlich der Fall, so liegt
die Sache eben wegen des genossenschaftlichen Charakters der Gesell-
schaft nicht ganz so schlimm.

Rechtsanwalt Steinschneider sprach für den Berliner
Konsumverein, der übrigens an den Verband nicht angeschlossen ist.
Er suchte den Vorwurf der politischen Veräußerung gegen seinen
Verein zurückzuweisen; er beschränkte sich auf das sozialpolitische
Gebiet.

Der Anwalt Dr. Erüger betonte noch einmal, daß Konsum-
vereine bestimmter politischer Parteien ein Unfug seien; auch das
sei nicht zulässig, daß das Band zwischen den Konsumvereinen und
den Gewerkschaften ein so enges werde, wie manche Agitatoren der
jüngeren Vereine es wünschen.

Fräulein Ime erwiderte, daß hierüber wohl irrtümliche Ansichten
herrschten. Es handelt sich darum, daß der Anstoß zu den
Neugründungen immer von Leuten ausgeht, die schon
irgendwo organisiert sind und die Macht der Organisation
zu schätzen wissen. Deshalb treten die Gewerkschaften für Konsum-
vereine und deren Gründung ein, wie es auch die Gewerkschaften
heißt gehen haben und in neuester Zeit auch die christlichen Arbeiter
thun. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die vor
unüberlegter Eröffnung von Verkaufsstellen, ohne daß genügendes
Kapital angehäuft ist, aufs ernstliche warnt.

Vermischtes.

Schiffbruch. Aus Aprenade wird vom Donnerstag über
das Schiffswrack an der chinesischen Küste berichtet:
Der bei Hoibau in der Hainanstraße gestrandete Apentader
Dampfer „Clara“ war nach der Strandung zunächst wieder
abgekommen, ist aber dann, wie ein Telegramm an die hiesige Reederei
Jessen heute meldet, in tiefen Wasser gesunken und das Schiff ist
total verloren. Von den geretteten 43 Personen erschienen der
Maschinist Freyzel-Apenrade sowie der Bootsmann Reichhaus auf
dem Konjulat in Hoibau und erklärten, daß die vermißten Personen
in ein anderes Boot gegangen seien. Die Möglichkeit, daß sie an
einer andern Stelle gelandet sind, besteht.

Ein Jagdunfall ereignete sich gelegentlich einer vom Fürsten
Guido Hendl von Donnersmarck bei Reppen abgehaltenen Treib-
und Jagden, an welcher unter anderem auch Graf Baldersee
und der Fürst von Hohenzollern auf Kockentin teil-
nahmen. Dem letzteren ging beim Anlegen auf aufsteigende

Dankagung.
Sagen hiermit für die rege Teil-
nahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
unsern innigsten Dank. 28098
Witwe **H. Püschel**
nebst Eltern.
Ich habe mich **O. Alte Schön-
hauferstr. 46** als Spezialist für
Frauenkrankh. u. Geburtsfälle nieder-
gelassen. Dr. Julius Loewenberg.
Sprechst. 11-1, 3-5; Sonntags
10-12 Uhr. Tel.: Amt III 5663.

**Sonntag, nach Kirch-
garten Keller.** Eintritt
1 Uhr, Schließung 8 Uhr.
Donnerstag, d. 9. d. M.
Generalversammg.
Andreasstraße 26 bei Werzowsky.
(Abrechnung der Bilanz vom Herren-
abend.) 11/1

**Berein der Bau-, Erd-
und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassensbericht und Bericht der Revisoren.
3. Revision des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.
Mitglieder werden aufgenommen. Beiträge werden nur zwischen
1/2-10-11 Uhr angenommen.
Das Stiftungsfest findet am 18. Januar im „Grand Hotel
Alexandra“ statt.

Kofanen plötzlich das Gewehr los, wodurch die beiden Förster
Strahl und Duda sowie ein Treiber erheblich verletzt wurden.
Der durch Schrotlöcher in Stirn, Arm und Bein am schwersten
getroffene Förster Strahl mußte sofort dem Lazarett
Strandbause zugeführt werden, wo die Schrotlöcher entfernt wurden.
Hierauf konnte er seine Behandlung aufnehmen und dort weiter ärztlich
behandelt zu werden. Förster Duda erhielt nur wenige Schrot-
löcher in das Gesicht, Arm und Bein, auch der Treiber kam mit
verhältnismäßig geringen Verletzungen davon.

Messerschere in der Silvesternacht. In dem Hellsenstahl
(Hörsfeld) benachbarten Ort Struth fand am Morgen des
1. Januar gegen 3 Uhr unter mehreren Wunden eine Messerschere
stahl. Eine Person wurde durch einen Stich ins Herz getötet, eine
zweite tödlich verwundet und drei fernere Personen durch Messer-
stiche verletzt. Der Täter, ein Zimmermann, wurde sofort verhaftet.

Aus Tonlon wird gemeldet: An Bord des als Kasernen für
die Kolonialtruppen dienenden Dampfers „Souverain“ entstand
ein bedeutendes Feuer. Das Schiff wurde auf die hohe See
gebracht, um dort verladen zu werden; Militär und die Löschgeräte
der Marine wurden aufgeboten.

Wegen Unterschlagung einer Summe von 100 000 Dollar
wird, wie die Polizeibehörde von San Francisco, Kalifornien, mit-
teilt, seit dem 7. d. M. der bisher bei der vereinigten Nationalbank
für Farmer und Kaufleute zu Los-Angeles in Kalifornien als Kassierer
tätige Henry J. Fleischman verfolgt. Es wird eine Belohnung von
5000 Dollar für die Festnahme des Fleischman, die Ermittlung des
Geldes und die Zurückschaffung sowohl des Fleischman als auch der
Belohnung beim Gerichtsbezirk gezahlt. Eine weitere Belohnung
von 2500 Dollar wird nur für die Ergreifung und den Rücktransport
des Fleischman gezahlt.

Marktpreise von Berlin am 31. Dezember 1901

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D. Gr.	17,40	17,38	Rartoffeln, neue, D. Gr.	6—	4—
mittel	17,35	17,34	Milchfleisch, Kalbe 1 kg	1,70	1,20
gering	17,32	17,30	do. Schaf	1,40	1—
*Roggen, gut	14,45	14,43	Schweinefleisch	1,70	1,30
mittel	14,41	14,39	Rathfleisch	1,80	1—
gering	14,37	14,35	Hammelfleisch	1,60	1—
†Vorst, gut	14,60	13,90	Butter	2,80	2—
mittel	13,80	13,20	Eier	60 Stk.	5,80 2,80
gering	13,10	12,60	Rarpfen	1 kg	2,40 1,20
†Hof, gut	17—	16,40	Kale	—	2,50 1,40
mittel	16,30	15,70	Ranber	—	2,50 1,20
gering	15,90	15—	Hechte	—	3— 1—
Milchsch	7,50	7,16	Caride	—	1,80 0,80
den	8,50	7,20	Schleie	—	2,80 1,40
erfen	40—	25—	Hefe	—	1,40 0,80
Sperlechnen	50—	25—	Kreide	per Schof	15— 3—
Winen	65—	20—			

*) ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.
Produktionsmarkt vom 2. Januar 1902. Der Getreidemarkt zeigte heute
keine bestimmte Tendenz. Abschlässe kamen kaum zu Stande, da weder Ab-
geber noch Käufer sich bemerkbar machten. Leicht abgeschwächte Preis-
meldungen aus Nordamerika, eine Verbilligung der allerdings nicht be-
deutenden Russenofferten und die Fortdauer des ungewöhnlich milden
Winters blieben unter diesen Umständen völlig ohne Einfluß. Die rein
nominalen Preisnotierungen für Weizen, Roggen und Weizenmehl entsprachen
den vorgefertigten Schlusswerten. Hafer war gut behauptet, Mais unverändert.
Rübsen auf niedrigeren Saatenpreisen und Mehlsteigerungen, Weizen 10, Oktober
40 Pf. niedriger.
Spezial. Spiritus zog bei recht ansehnlichen Umsätzen 20 Pf. an
Der loco 30,90 M.

Witterungsübersicht vom 2. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe am Mittags	Windrichtung	Witterung	Temper. n. G. p. G.	Stationen	Barometer Höhe am Mittags	Windrichtung	Witterung	Temper. n. G. p. G.
Smolensk	748	SSW	3 Regen	5	Japananda	758	RD	2 wolken	-25
Dambrüg	748	SSW	7 Regen	7	Beltsburg	745	DRD	2 Schnee	-10
Berlin	749	SSW	4 Regen	7	Wort	757	—	5 wolken	0
Frankf./M.	750	SSW	6 Regen	8	Aberdeen	—	—	—	—
München	757	SSW	3 bedekt	5	Paris	—	—	—	—
Wien	761	StN	Rebel	0					

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Januar 1902.
Warm und veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und
harten Südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl)
anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte
Wohnungsnummer beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beant-
wortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des
Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

S. W. Wenden Sie sich an „das Oberkommando der kaiserl. Schüt-
ztruppe in den afrikanischen Schutzgebieten“, Berlin, Wilmersstr. 7.

G. M. 27. Sie sollten schleunigst unter Vorlegung des Sachverhalts
an die Steuerdeputation den Antrag richten, den Ueberzieher freizugeben
und die rückständigen Steuern niedrigerzulegen oder zu sünden.

J. P. H. Wenden Sie sich mit einem Antrag auf Zahlung an die Ge-
werbe-deputation, Straßburgerstr. 3-5, — G. M. Die Kündigung ist zum
1. April 1902 gültig. — **J. W. 501.** In der Vorlesung 23 Wochen hindurch
krank oder dauernd erwerbsunfähig, so hat er Anspruch auf Invalidenrente.
Der Antrag ist an die Invalidenversicherungskasse, Abteilung des Magistrats,
Dreilichstr. 24, zu richten. — **H. Weiss.** 1. Sie möchten im
Comptoir der Firma, Wackerstraße, anfragen. 2. Wenden Sie
sich an ein Kündigungsamt. Die Adressen finden Sie im Adrextalender

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitagabend 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
**Verband der Bau-, Erd-
und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 5. Januar 1902, vormittags 10 1/2 Uhr,
bei Graumann, Rauchstraße 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Bericht von der letzten Ver-
bandskonferenz. 3. Die Arbeitslosenfrage in Berlin. 4. Revision eines
zweiten Kassens. 5. Verbandsangelegenheiten. 32/3
Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Bau-, Erd-
und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin III.
Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des
Herrn Zimmermann, Wadstraße 58:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Quartals-Abrechnung. 2. Bericht von der letzten beiden Zahlstellen-
konferenzen. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Pünktlichen und zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**
NB. Die noch nicht ungetauften Statistik-Karten sind beim Tahwart
abzugeben. (32/2) **D. O.**

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 3. Januar.
Opernhaus. 6. Sinfonie. Abend der künftigen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittags 12 Uhr: Deffentliche Hauptprobe.
Schauspielhaus. Johannisnacht. Die Komödie der Jungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Weidloffen.
Schiller. Der Revisor. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Nacht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seiffen. Die Wohlthäter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Sein Doppeltgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Delfos Sitten-cron's Bunter Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunter Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Geschlossen.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Schröder u. Co. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der rote Kofal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Herausf. Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sohn. Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Cryden. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Vollage. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Fassung. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterjahr) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Revisor.
Auffpiel in 5 Akten von Nikolaj Gogol. Deutsch von G. v. Schabetsky.
Sonabendabend 8 Uhr:
Der Revisor.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Hans Hucklebein.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Mütter.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Größter Operetten-Erfolg! Revü! Gastspiel von Minna Wiggert.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach Paul de Rod v. Ernest Guinot. Musik v. Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittags 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Achenbrödel. Sonntag-nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. (Kleine Preise.) Abends: Das Jungfernstift.

Metropol-Theater.

Heute, den 3. Januar:
Emil Thomas—Henry Bender
Josef Josephi—Frid-Frid
Lucie Engelke—Else de Vere
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. In 4. Bild:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonabend, 4. Januar:
Erster grosser
Metropol-Theater-Ball.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Spezialitäten:
Ika Paulst & Stach u. Milton
Granto u. Maud
Georg Kaiser & d'Loisachthaler
Willi Walden
mit ihren sensationellen Schleglern!
Der Kosmograph etc. etc. etc.
Um 8 1/2 Uhr:
König Aqua.
Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze:
Fremd-Loge 5,00 1. Parkett 2,50
Proc.-Loge 5,00 2. Parkett 2,00
Orchester 5,00 Rang-Parkett 2,00
Parkett 4,00 Tribüne 2,00
Rangloge Mitte 4,00 Reserv. Pl. 1,50
Rangloge Seite 3,00 Entree... 1,00
Orch.-Fautoull 3,00

Central-Theater.

Heute, Freitag, den 3. Januar:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten v. Heinrich Weindardt. Morgen nachmittags 4 Uhr: halbe Preise, jeder Erwerbende hat 1 Kind frei.
Schneewittchen bei den 7 Zwergen. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 195.
Grosse
Weihnachts-Ausstellung
Eine Reise
ins Schwarzenland
Marionetten-Theater
für die Kinderwelt.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
7 1/2 Uhr. Heute u. folg. Tage. 7 1/2 Uhr:
Die Badepuppe.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Born a. G., Guido Thielacher, Helmerding, Junfermann, Paul Müller, Wagnow, Junfer-Schlag.
Sonntagnachm. 3 Uhr (Kleine Preise): Für fremde Schuld.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.
Freitag, den 3. Januar:
Zum 50. Mal:
Vorstellung vor Serenissimus.
Familienidyll. — Herbstzauber.
Zum 1. Mal:
Schiffbrüchig.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Palast-Theater

(früher Fern-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Freitag, den 3. Januar:
Wiederholung der großen
Neujahrs-Vorstellung.
Durchweg neu engagierte
Kunst-Spezialitäten.
„Nur noch kurze Zeit!“
Die erfolgreichste
Ausstattungs-Gesangs-Burleske
Großstadtzauber.
Jugo Lullig — Direkt. H. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf von 11—1 Uhr.
In Vorbereitung:
„Die süßen Mädel.“
Hauptrolle: Direkt. W. Fröbel.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Schwan m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Herausf.
„Gr.“. Pariser Lebensbild in 1 Aufzug.
Adele Hartwig, Wigi Birner, Rosa Kartes, Emil Sondermann, Ferd. Worms, Leopold Turner, Wernermeister, Reimer, Olfers, Köpfling.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.

Das sensationelle
Januar-Programm.
Damen-Luffringkampf.
Der neueste Damensport, ausgeführt von 12 unübertrefflichen Luffringerrinnen.
Michel Mayer
der stärkste Mann der Welt.
Gifford
der einbeimige Amerikaner.
17 erstkl. Nummern.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
28 internat. Spezialitäten
I. Rang, u. a.: Voldemanns Hunde- u. Affen-Cirkus.
Anfang 7 Uhr.

E. von Wolzogens

Bunter Theater (Ueberbrett)
Köpnickerstr. 68.
Silvester-Programm-Vorstellung.
Erstes Auftreten
Lina Abarbanell
Gewöhnliche Preise. Anf. 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Neu!
Die Zillertaler.
Neu!
Die Volkstänzen.
Nach jeder Vorstellung: TANZ.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbesitzer gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sitze zu Festlichkeiten und Serenissimus frei.

W. Noacks Theater.

Wormenstraße 16.
Heute, Freitag, den 3. Januar:
Der
Leiermann u. sein Pflögekind.
Soll's-Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonabend:
Die Ehre eines armen Mädchens.

Trianon-Theater

bleibt wegen baulicher Veränderungen einstweilen geschlossen. Wiedereröffnung wird bekannt gegeben.

Cirkus Busch

Freitag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung „Klondike“.
Original-Pantomime des Cirkus Busch.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Rur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.
Böhmische neues Programm.
Hewig Günther. — Concordia-Trio etc.
Mädchenjäger — Weihnachten.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Sonnt. nachm.: „Verlorene Ehre“.

Charivari-Brettel

(Alb. Kühne)
Alte Jakobstrasse 37.
Eröffnung
8. Januar 1902.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.
Oekonom: Gustav Preißner.

Cirkus A. Schumann.

Heute, 3. Januar, abds. präc. 7 1/2 Uhr:
Große brillante Gala-Vorstellung.
Kostbarer Erfolg der neuen Spezialität.
Jede Nummer ein Schlager!
Das Wunder des neuen Jahrhunderts:
Mirza Golem-Truppe.
Neu! Persisch-kaukasische Karawane.
Neu! Original-Bim-Bom, Neu!
die besten musikalische Clowns der Gegenwart.

Die phänomenalen Original-Byciele-Reisefahrer.

Direktor Albert Schumanns neueste Originaldrehfluren.
Die musikalischen Hengste. — Das Serpentin-Feuer- u. Flammenferd. — „Good Night“, das Bettfedern, sich entklopfende und schlafende Pferd.
Zum Schluss zum 86. Mal:

Quer durch Paris.

Sonntag: 2 große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen: die großartigen Spezialitäten. Nachmittags 1 Kind frei.
Dr. Simmel, Prizonenstr. 59.
Spezialarzt für 3/18*
Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.


Brauerei

Germania

Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645

empfehl. für 1,50 frei Haus
18 Fl. 1/10 Lagerbier (31410*)
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 1/10 Pilsener Art
15 Fl. 1/10 Münchener Art
20 Fl. Doppel-Weissbier.

Charlottenburg.

H. Schmerberg (31400*)
Wilmersdorfer-Strasse 17,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Dürbchen werden schmerzlos getrieben

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-12, 4-7.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Ruffig, Berlin, Ringstr. 46, berichtet gegen Nachahmer gegen neue Bettfedern d. W. 25 Pf., ägyptische Goldhaaren d. W. 21.25, bessere Goldhaaren d. W. 21.75, vorzügliche Daun d. W. 21.25.
— Bei diesen Daunen graue u. blaue Pfand zum großen Übertritt.
Verpackung frei. Preis u. Beden gratis. Die Kartenzugabe.

Sirup Pagliano

von
Prof. Ernesto Pagliano
NEAPEL, 4 Calata S. Marco
Goldener Medaille.

dessen Verkauf vom Ministerium des Innern Sanitäts-Direktion Rom, bewilligt worden ist.

Prämiert
auf der
Nationalen Pharmacie-Ausstellung 1894
und auf der
Nationalen Hygiene-Ausstellung 1900
mit
Goldener Medaille.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Winterpaletts wegen vorgerückter Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Mohr Str. Berlin, Fernalemerstr. 8. 2297b
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hodelerstr. 4, Bahnhof Str. 119/14*
Sportbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren Winterpaletts verkauft Reichhaus Reorderstr. 6. 47*
Wuschlofa (Sattelmacher), wie neu, 50,00, Spiegel 10,00, Säulen-treue 35,00, Wuschlofant, Wuschlofant 27,00, Bettstellen, Schlafsofa, mehrere Zimmer Wuschlofant, Küchenanrichtung 30,00, baumwoll Gartenstraße 148, I. Unt. 119*
Wuschlofa mit anderselbaren Notenschleiben, geringe Zeitabgabe. S. Rurberg, Landbergerstraße 11.
Bettdecken, Bund von 45 Pf. an, erst ägyptische Wuschlofa, Bund 1,50, Fabrikgasse Landbergerstr. 37, I. 941K

Gobelbänke, verschiedene, billig. Diemig, Roggenstr. 76. 2780b
Teppiche mit Bordenschleifen, Kabineteckelange Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Goldene Damenuhren (von 10 Mark an), Silberne Remontoiruhren (von 5 Mark an) Deutsches Reichhaus, Rosenhallerstraße 11/12. *
Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Walter Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b
Walgrostbier, blaubbildend, für Diätisten, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Geschmacks, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 erfrische. Nicht Glasanzahl, Qualität erst-schleibt. Vorverkauferei Winkler, Bernauerstraße 119. 111/9*
Wahre täglich frisch Putzwarenstr. 40. 2603b*
Teppichdecken billig! Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Papagei-Auswahl, 25 Mark an, sofort sprechend, Angerstraße, Kanarienvogel 5,00 an, Kottelstr. 10, Dom-Platz, Hochweilchen, Richter, Oranienstr. 87. 2852b*
Kauarienvogel, Auswahl, Joachim, Brunnenstraße 97. 2841b
Kauarienvogel, Weibchen verkauft Göbde, Reinickendorferstraße 84

Cigarrentour (Schneider, Walter — Kommandantenstraße) wird jetzt spottbillig ausverkauft Deutsches Reichhaus, Rosenhallerstraße 11/12. *
Cigarrengeschäft mit anschließender schöner Wohnung, sofort preiswert zu erfragen Amsterdamerstr. 35, bei Bohnhild. 114
Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Küchenanrichtungen, Kuschelstühle mit Feder-matratze 52, Tischensofas 65, Anhe-betten 18, Schlafsofas 40, Wobelin-garnitur 100. Komplette Zimmer-einrichtungen in jeder Preislage. W. Rosenstr. 10, Möbelspeicher, Stahl-schleiberstraße 5. 984b*
Kämmungsbehalter verkaufe zu Spottpreisen: Küchenanrichtungen, Kleiderbügel, Bettstellen, Schlaf-sofas 42, Trumeaus, Tischensofas 50, Schreibtische, Bettstellen mit Feder-matratze, Paneelesofas 80, Wobelin-garnitur 100. Wobelinanrichtung 55, nur allein beim Habriferanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. W. Rosenstr. 10, Schönhauser Allee 171. 1033b*
Vorjährige elegante Herren-Winterpaletts und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonn-abend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II

Nähmaschinen, preiswerteste Be-zugswaare, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort, Landbergerstraße 82*, Köpnickerstr. 60/61. 2260b*
Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufnahm, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnim-str. 4 und 5. Sonntag 985b*
Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Zeitabgabe, Rurberg, Landbergerstraße 13. 1*
Vermischte Anzeigen.
Zitherlehrerin Frau Huber, Cnelienstraße 115. 230*
Zither-Unterricht, Gabel, Wölfe-str. 93. 121*
Wuschlofa, Stahlstr. 116a, monatlich 6 Mark. 2733b*
Architekt erteilt Unterricht! Abend- und Sonntag! Kurat. Donner- und Sonntag! Silberstr. 1, Hamburgerstr. 7. 2847b*
Unfallwagen, Klagen, Eingaben, Kellamationen, Puffer, Steglitzerstr. 65. 2657b

Zahnteiler G. Gebide, Star-garderstraße 3. 130*
Kunstschloßerei von Frau Kofsky, Steinmetzstraße 48, Unergebäude hoch-parterre.
Metallbruch oder Kr. laut Braderstr. Eppelnerstraße 10, Rossmun-str. 18. 2474b*
Bibliothek! Wer sich aber diefe rustlose Granitstein unter Zeit unterrichten will, verlange die Kug-elblätter des Weltbundes gegen Bil-bliothek, welche mientlich verendet werden vom Tierkundlerverein Berlin, Röniggrünerstraße 108. Dasselbe können auch Referenten für Vorleser in Arbeitervereinen über Bibliothek be-freit werden. Um günstigen Absatz wird gebeten. 161b*
Cigarren, Brillanten, Bäder, Warenposten, sowie alles Brauchbare betriebe selbsthaft hoch Deutsches Reichhaus (Kombardstr.), Rosenhaller-str. 11/12. 110/19*
Reparatur habe eröffnet. Karl Schmidt, Beustelstraße 37. 959b*
Bereinszimmer, geräumig, Einentr. 978b*
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 35, Bille, Bereinszimmer zu vergeben.
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Not-erreichung, Audienzstraße 135/5*
135/5*

Rechtsbureau, Unfallfällen, Be-ratungen, Erbschaftsangelegenheiten, Eingabegeschäfte, Dienst-sachen 135/10
Strafverfahren, Strafausmaß, Mandats-geschäfte, Erbschaftsangelegenheiten, Zinsungs-geschäfte, Noterreichung, Waffens, Zinsungsangelegenheiten, 141. Sprechstunden: Abends, Sonntags. 2884b*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Suche Donnerstag oder Mittwoch größeren Bereich (Mittel- oder Ost-bereich) Sänger (Bund), möglichst Norden. H. Hodel. 130*
Kinder-Staßbühnen bitten um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geliefert, werden abgeholt und mientlich zurück-geliefert. Adresse: Landbergerstr. 27, K. Göbde.
Stellenangebote.
Steppdecken im Hause, Verkauf, Kaiser Friedrichstraße 67. 2804b*